

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 24. Januar 1929
11. Jahrg. Nummer 19

Preis: In täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die abendblattene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf., Meldeanzeigen: Die dreifachhaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluß der Inseratenannahme: in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Zrenbiter Straße 60, Telefon 560 89. Filial-Expeditionen: Breslau 544, Redaktions-Breslau, Zrenbiter Straße 60, Telefon 239 02. Expeditions-Breslau, von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gietow, Eberstraße 26, Telefon 4085; Wroclaw, Silesia 6, Telefon 2884. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäfts-Nachricht am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlagsgesellschaft m. B., Breslau. — Druck: „Neubau“, Breslau, Zrenbiter Str. 60.

Groener und Müller auf der Anflagebant KPD.-Interpellation im Reichstag wegen der Groener-Dentschrift

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation Stoedter und Genossen ein:

„Die Bekanntgabe der Groenerschen Dentschrift zur Panzerkreuzerfrage durch die britische Zeitschrift „Review of Reviews“ hat in vollem Umfang die kommunistischen Anlagen über den kriegerischen Zweck der Panzerkreuzerbauten und der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie bekräftigt. Der Reichswehrminister Groener zeigt in dieser Dentschrift offen die Absichten des deutschen Imperialismus, den nächsten Kriegskontinuität durch die militärische Beteiligung Deutschlands zur imperialistischen Machtstellung der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialimperialistischen Helfer auszunutzen.“

Die Dentschrift zeigt ferner die Bereitschaft der deutschen Bourgeoisie, sich auch militärisch durch die Reichswehr und Reichsmarine

an dem geplanten Kriegszuge der kapitalistischen Mächte des Westens gegen die sozialistische Sowjetunion aktiv zu beteiligen.

Die Dentschrift enthält schließlich deutlich die von Groener in seiner Reichstagsrede zur Begründung des Panzerkreuzerbau gebrachten Phrasen der „Verteidigung der Neutralität“ und zeigt den wahren kriegerischen Zweck der deutschen militärischen Aufrüstung.

Der Reichsanzler Hermann Müller hat sich mit der Dentschrift des Reichswehrministers solidarisiert, indem er sich bei der Panzerkreuzerdebatte weigerte, diese Dentschrift dem Reichstage vorzulegen.

Ist die Reichsregierung und der Reichsanzler Hermann Müller, der nach der Verfassung „die Politik der Reichsregierung verantwortlich führt“, bereit, sich sofort wegen der in dieser Dentschrift enthaltenen Pläne der deutschen Außenpolitik und der Aufrüstungs- und Kriegspolitik vor dem Reichstage zu verantworten?“

Partei und Massenarbeitslosigkeit

Das Anschwellen des Arbeitslosenheeres auf circa drei Millionen zwingt die Partei, der Erwerbslosenfrage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Obwohl heute noch keineswegs von einer Krise gesprochen werden kann, und wir erst eine wirtschaftliche Depression vor uns haben, sind drei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos. Diese Tatsache zeigt, wie sich trotz der relativen Stabilisierung die Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärfen. Wie alle sozialen Fragen kann auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht gelöst werden. Erst nach dem Sieg des Proletariats über die kapitalistische Klasse, mit der Durchführung der sozialistischen Produktionsweise, kann Arbeitsmöglichkeit für alle geschaffen werden. Solange die kapitalistische Klasse herrscht, werden ständig Millionen von Erwerbslosen gezwungen sein, den erbittertesten Kampf um die nackte Existenz zu führen.

In Deutschland ist selbst während der Hochkonjunktur des Jahres 1927 die Erwerbslosenzahl nicht unter eine halbe Million gesunken. Die kapitalistische Rationalisierung macht immer größere Arbeitermassen „überflüssig“. Zurzeit überschreitet die sogenannte saisonmäßige Arbeitslosigkeit nicht den üblichen Grad, die wirtschaftliche Depression hat aber Millionen solcher Arbeiter aus dem Produktionsprozess geworfen, die von der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit nicht betroffen werden. Daraus ergibt sich, daß mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit die ungeheure Massenarbeitslosigkeit nicht behoben werden wird. In der gegenwärtigen Entwicklungsperiode des Kapitalismus muß in Deutschland mit einer ständigen Millionenarbeitslosigkeit gerechnet werden. Trotz Höherentwicklung der Technik, trotz der nachgewiesenen Steigerung der Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters um 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit, duldet die kapitalistische Klasse weder eine Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung, noch die Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit, noch Einschränkung von Arbeitsmöglichkeit für alle Arbeiter. Die hier nach ungeheuren Unternehmerprofiten, die Teilnahme an dem erbitterten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, phantastische Aufwendungen zum Zwecke militärischer Uebungen für kommende imperialistische Kriege treiben die kapitalistische Klasse jetzt besonders dazu, die Lebenshaltung der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken und gegen die Erwerbslosen die brutalste Aushungerungspolitik durchzuführen. So zeigt es sich auch, daß die Regierung des Trustkapitals, die Koalitionsregierung Müller-Curtius, mit rücksichtsloser Brutalität den Erwerbslosen die Unterstützung beschneidet und alle ihre Forderungen mit Härte zurückweist.

Um so mehr haben wir Kommunisten die Pflicht, uns unter Ausnutzung jeder Möglichkeit und unter Anspannung aller Kräfte für die Lebensinteressen der Erwerbslosen einzusetzen, alles zu tun, um die Kampfbarkeit der Erwerbslosen zu erhalten, zu verhindern, daß sie zu Lohnrüchtern und Streikbrechern werden, zu erzielen, daß Betriebsstättige und Erwerbslose in gemeinsamer Front kämpfen.

Die Not der Erwerbslosen ist schlimmer als je. Das von der SPD. und den Deutschnationalen geschaffene Erwerbslosenversicherungsgesetz wirkt sich jetzt erst in voller Schärfe aus. Die Unterstützungslöhne der unteren Unterstützungsklassen sind erbärmliche Bettelpennente, die die Existenz der Unterstügten nicht ermöglichen. Schändlich niedrig ist die Krisenunterstützung. Circa 750 000 Erwerbslose erhalten weder Unterstützung, aus der Arbeitslosenversicherung noch aus der Krisenfürsorge, weil sie ausgesteuert sind. Aus der Krisenfürsorge erhält nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen Unterstützung. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel weigert sich, alle Berufsgruppen in die Krisenfürsorge einzubeziehen. Den sogenannten Saisonarbeitslosen wurde von den Versicherungsbehörden und dem Reichstag, mit Zustimmung der USV.-Führer und der SPD., die Unterstützungsbauer auf

Bergebliche Ablehnung Die zweite Rate für den Panzerkreuzer steht im Reichsetat

(Eig. Bericht) Berlin, 23. Januar.
Unter der Ueberschrift „Kommunistischer Panzerschiffswindel“ bemerkt der „Abend-Vormärts“, daß die (niemals aufgestellte) Behauptung der kommunistischen Presse, die sozialdemokratischen Minister hätten bei einer Sonderabstimmung im Kabinett über die zweite Rate des Panzerkreuzers A ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben, unrichtig sei. Jedoch ist er selbst genötigt, zu gestehen:
„daß im Reichsetat die zweite Rate steht, nachdem der Reichstag die Einstellung des Baues ausdrücklich abgelehnt hat, ist selbstverständlich.“

Selbstverständlich ist also nach dem „Vormärts“, daß die vier sozialdemokratischen Minister, Müller, Hilferding, Seeborg und Wiffel, einem Etat zustimmen, in dem Ausgaben für den Panzerkreuzerbau eingeleitet sind. Selbstverständlich ist auch nach dem „Vormärts“, daß der Sozialdemokrat Hilferding selbst die Panzerkreuzerausgaben in seinem Etat aufnimmt und diesen Etat selber im Reichstag einbringt und vertritt. In der Tat, es ist „selbstverständlich“, daß die Sozialdemokraten im Reichskabinett Panzerkreuzerminister und Sozialimperialisten sind.

Es ist an der Zeit, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter das einsehen und unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf zum Sturze der Großen Koalition aufnehmen.

Zwei ultralinke Renegaten bei der KPD. gelandet

„Volkswille“-Barthels und Georg Kenzler am 23.1.29

Breslau, den 23. Januar.
Die sozialdemokratische Presse meldete gestern in großer Aufmachung den Uebertritt des bisherigen Redakteurs und Herausgebers des ultralinken Verleumdungsblattes „Volkswille“, Barthels, aus dem Leninbund in die Sozialdemokratie. Barthels begründet seinen Schritt mit einem Hinweis auf Trotzki, „der die russische Revolution als verloren“ aufgibt, und mit einer wüsten Beschimpfung des sowjetrussischen Regimes. Inzwischen hat Barthels Gesellschaft gefunden. Ihm hat sich gestern der Leninbündler Georg Kenzler angeschlossen, der hier um seine Aufnahme in die KPD. mit der Begründung nachsucht, daß die kommunistische Partei zur Verhinderung eines Krieges gegen Sowjetrußland die Annäherung an die zweite Internationale suchen müßte (!). Während der eine Renegat die russische Revolution als verloren aufgibt, erwartet der andere ihre Rettung durch die Internationale der Panzerkreuzerminister und der Sozialimperialisten, die bei der Vorbereitung des Krieges gegen Sowjetrußland an der Spitze marschieren. Eine feine Gesellschaft!

Diese Uebertritte zeigen die vollkommene Zerfetzung und Auflösung des Leningruppchens. Die ehrsüchtigen ultralinken Arbeiter werden einsehen, daß die kommunistische Partei Recht hatte, als sie bereits vor Jahr und Tag erklärte, daß diese Renegaten im Lager der Antikommunisten und Sozialimperialisten eubanden würden. Wieder einmal wird durch den Zerfall des Leninbundes gezeigt, daß für eine Partei zwischen der KPD. und der SPD. kein Platz ist. Entweder hoffnungsloses Setzertum oder Uebergang zur SPD., zwischen diesen beiden haben ultralinke und rechte Renegaten zu wählen.

Wie die Zerfetzung der Brandler und Thalheimer von der „Volkswille“ gemeldet wird, zeigt ein zweispaltiger Artikel in der gestrigen „Volkswacht“, betitelt: „Die zweite kommunistische

Partei“, in dem es am Schluß heißt: „Ihr Wirken wird jedoch den Arbeitern, die ihnen nachfolgen, eine wirkliche Perspektive eröffnen: Die Perspektive des Weges zur Sozialdemokratie!“

Diese Hoffnung der „Volkswacht“ dürfte denjenigen kommunistischen Arbeitern in Schlesien zu denken geben, die aus gefühlsmäßiger Einstellung der Hausen-Gruppe bisher Gefolgschaft leisteten!

Berichtigung
Zu unserem gestrigen Bericht über die Funktionärensitzung in Freiburg ist noch zu bemerken, daß es sich nicht um eine Konferenz der in Freiburg tätigen Funktionäre, sondern um eine Konferenz von Gewerkschaftsfunktionären aus einer größeren Anzahl schlesischer Parteiorientierungsgruppen handelte.

Habib Allahs Bruch mit der Sowjetunion

M. Kairo, 22. Januar. Wie aus Kairo gemeldet wird, hat Habib Allah beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion abzubrechen. Hingegen soll Habib Allah England ersucht haben, ihm eine Anleihe zu gewähren, aus welcher die Kosten der ersten Regierungszeit bestritten werden sollen. Wie jetzt verlautet, sind die Gerüchte über die Ermordung Habib Allahs durch die Aufdeckung einer Verschwörung entfallen. Die Anhänger Aman Allahs gegen Habib Allah angezettelt haben sollen. Die Anführer der Verschwörung wurden standrechtlich erschossen.

Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion, Anleihe von England, das beleuchtet blitzlichtartig die Situation, wie sie durch den vom englischen Imperialismus geschürten und finanzierten Aufstand geschaffen wurde. Afghanistan soll das Tor nach der Sowjetunion werden! Doch reifen nicht alle Wüstenräume des englischen Imperialismus. Nach neuesten Meldungen ist die Lage in Afghanistan völlig verwirrt. Der Widerstand gegen Habib Allah und das Chaos wächst; Kabul ist von Lebensmitteln entblößt. Die Kabuler Kaufmannschaft verlangt die Rückkehr Aman Allahs, der neue Streitkräfte sammelt, um wieder zur Macht zu kommen. Wahrscheinlich dürfte Habib Allahs Herrschaft bald zu Ende sein.

Vom Tage

Die litauische Regierung hat gestern den Kellogg-Pakt ratifiziert. In der Dienstag-Sitzung des österreichischen Nationalrats wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Angleichung des österreichischen Eherechts an das deutsche Eherecht fordert, mit 80 gegen 76 Stimmen angenommen.

Im Disziplinarverfahren gegen die Magdeburger Richter Kölling und Hoffmann beantragte der Generalstaatsanwalt gegen Hoffmann Dienstentlassung bei Gewährung halber Pension für Lebenszeit und gegen Kölling Strafverurteilung und 50 Mark Geldstrafe. (!)

Die preussische Regierung beabsichtigt, dem Landtag einen Notetat vorzulegen. Am Donnerstag soll der Restestentrat des Landtages endgültig darüber entscheiden, wie die weitere Etatberatung vor sich gehen soll.

In einer Rede im japanischen Parlament erklärte der japanische Ministerpräsident, Baron Tanaka, die japanische Regierung müsse die japanischen Rechte und Interessen in der Mandchurien sichern. Falls ein Zustand entstehen sollte, der die vitalen Interessen Japans gefährde, sei die Regierung entschlossen, „geeignete Schritte zu unternehmen“. (Das heißt, die militärische Besetzung der Mandchurien zu verstärken.)

sechs Wochen verkürzt, sie vermehren jetzt täglich die Zahl der Ausgesteuerten um Tausende.

In Uebereinstimmung mit diesem Kurs der Koalitionsregierung haben sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluß der SPD. in den Ländern und Gemeinden den Erwerbslosenforderungen besonders hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. Die sozialdemokratischen Parteipräsidenten erlassen Demonstrationen, Verbote und befehlen blutige Polizeimassnahmen auf die Erwerbslosen, die überall im Reich gezwungen sind, auf die Straße zu gehen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie wendet sich mit gesteigerter Vehemenz gegen die Erwerbslosenbewegung, die sozialdemokratischen ADGB-Führer verweisen die Arbeitslosen mit Dohn auf die schändlichen Gesetze und Verfügungen des kapitalistischen Staates.

Aber die kommunistische Partei tritt für die Interessen der Erwerbslosen ein, allein die Kommunisten unterstützen die Organisation der Erwerbslosenbewegung. Diese Pflicht muß jetzt mit verdoppelter Energie durchgeführt werden.

Die Erwerbslosen werden örtlich durch die Erwerbslosen-Ausschüsse zusammengefaßt, die sich auf Vertrauensmänner in jedem Arbeitsnachweis stützen. Die Erwerbslosen-Ausschüsse eines jeden Bezirks schaffen sich eine Leitung durch den Provinzialausschuß der Erwerbslosen, die ihrerseits wieder im Reichsausschuß ihre zentrale Führung haben.

Wenn auch die Initiative zur Bildung der örtlichen und bezirklichen Erwerbslosen-Ausschüsse meist von den Kommunisten ausgeht, so sollen sie eine Vertretung aller Erwerbslosen sein, sie sollen also auch die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter erfassen. Dasselbe gilt für den Vertrauensmännerkörper, der aus Vertrauensleuten aller Schichten der erwerbslosen Arbeiter und Angestellten, Frauen, Jugendlichen aller Unterstützungsgruppen zusammengefaßt sein muß.

Alle kommunistischen Fraktionen in den Gemeindevertretungen, Provinz- und Landparlamenten, sowie des Reichstages werden in engster Verbindung mit den Erwerbslosen-Ausschüssen für Durchführung der Forderungen der Arbeitslosen kämpfen.

Der Kampf der Arbeitslosen kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn das engste Kampfbündnis der Erwerbslosen und Betriebsstätigen hergestellt wird.

Unternehmertum und sozialdemokratische Führer wollen Betriebsstätige und Erwerbslose gegeneinander hegen. Deshalb werden jetzt demonstrierende Erwerbslose in der SPD-Presse in niedrigster Weise beschimpft. Unternehmer und staatliche Schlichtungsinstanzen wollen die industrielle Reservearmee ausnutzen, um den Reallohn der Betriebsstätigen zu drücken und jede Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern. Wenn die Arbeiter unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit kämpfen, werden die SPD-Führer die Streiks als „wild“ erklären, und die Arbeitsnachweisbehörden werden unter Androhung des Unterstützungsentzugs die Erwerbslosen zum Streikbruch zwingen wollen.

Angesichts dieser Gefahren muß die Verbindung zwischen Erwerbslosen und Betriebsstätigen enger werden. In Betriebsversammlungen muß die Lage der Erwerbslosen besprochen werden, und Vertreter der Erwerbslosen sollen das Wort dazu erhalten. Andererseits müssen die Betriebsräte sowie dazu bestimmte Betriebsdelegierte zu den Erwerbslosen-Versammlungen und Konferenzen erscheinen. In gemeinsamen Demonstrationen der Erwerbslosen und Betriebsstätigen soll die geschlossene Front zum Ausdruck kommen.

Auch in allen Gewerkschaftsversammlungen muß die Lage der Erwerbslosen besprochen werden. Dies um so mehr, als die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer selbst zur Verkürzung der Massenarbeitslosigkeit beitragen, indem sie sich gegen den Kampf um die Erringung des Siebenstundentages stemmen und Tarife annehmen, die, wie z. B. der Ruhr-

Schiedspruch Seberlings, massenhafte Ueberstunden und regelmäßige Wochenarbeitszeiten bis zu 60 Stunden zulassen.

Sozialdemokratische Führer der Gewerkschaften waren es, die im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dafür stimmten, daß die Saisonarbeitslosen nur noch sechs Wochen Unterstützung bekommen. Die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen mobilisiert werden, daß sie dem Verrat der sozialdemokratischen Bürokratie entgegenreten und gemeinsam mit den Erwerbslosen kämpfen.

Die kommunistische Partei führt diesen Kampf um menschenwürdige Unterstützung für alle Erwerbslosen und für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, für Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit, für den Siebenstundentag, für alle Forderungen der Erwerbslosen. Durch jahrelange Arbeit der kommunistischen Partei wurde erzielt, daß die Erwerbslosen nicht als Streikbrecher mißbraucht werden konnten. Weil sich aber die Massenarbeitslosigkeit so verschärft hat, muß die Parteiorganisation alle Kräfte anspannen und noch vorhandene Mängel und Schwächen überwinden. Das gilt insbesondere für die Lösung der wichtigsten Aufgabe, der Schaffung eines wirklich festen Kampfbündnisses der Betriebsstätigen und Erwerbslosen.

Gemeinsam müssen Betriebsstätige und Erwerbslose auf die Straße gehen und in machtvollen Demonstrationen aufmarschieren.

Anfang März findet der Reichserwerbslosentag

statt, er muß ein wichtiger Kampftag für die Forderungen der Arbeitslosen werden:

- Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms durch Reich, Länder und Kommunen!
- Sofortige Durchführung des Achtstundentages und der siebenstündigen Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben, Verbot aller Ueberarbeit!
- Schaffung eines Arbeitslosenunterstützungsgesetzes, das allen Arbeitslosen für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit eine menschenwürdige Unterstützung sichert!
- Ausbringung der Mittel durch die Unternehmer!
- Bis zur Neuschaffung des Unterstützungsgesetzes sofortige Verlängerung der Unterstützungsdauer für alle Erwerbslosen auf mindestens 30 Wochen!
- Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen die Saisonarbeitslosen!
- Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe unter Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung für die Dauer der Arbeitslosigkeit!
- Beginn der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung mit der Lohnklasse 6!
- Beseitigung der Karenzzeit und jeder Bedürftigkeitsprüfung!
- Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen!
- Müdet zum Reichserwerbslosentag!
- Festigt das Bündnis der Betriebsstätigen und Arbeitslosen!

Lösung der Wohnungsfrage im Jahre 1975

Auch ein Weg zum „Sozialismus“! — In Preußen fehlen 300 000 Wohnungen — Nur 6500 werden pro Jahr gebaut

Berlin, 22. Januar. (Eig. Meldung.) Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wurde das Wohnungs- und Siedlungswesen beraten. Staatssekretär Scheidt führte aus, daß im Jahre 1927 ein Zuwachs von 178 000 Wohnungen zu verzeichnen sei. Im Jahre 1928 wurden 185 000 Wohnungen neu gebaut.

Gleichzeitig aber wurden durch Abbruch, Brand, Umbau usw. etwa die gleiche Anzahl von Wohnungen zerstört, so daß das ganze Jahr nur einen wirklichen Wohnungszuwachs von 6500 Wohnungen aufwies!

Das große Verbrechen von SPD und Zentrum über die „soziale Wohnungspolitik“ demonstriert sich damit von selbst!

Man muß bedenken, daß im Reich noch 450 000 Wohnungen und in Preußen allein 300 000 Wohnungen fehlen. Wenn die Braun-Hirtfelder Wohnungspolitik, die seit jeher im Interesse der Haus-paschas betrieben wurde, in diesem Schneefalltempo weitergeht (6500 Wohnungen pro Jahr!) werden wir also nach 46 Jahren (!) etwa die jetzt fehlenden Wohnungen gebaut bekommen.

Also im Jahre 1975, wenn all die Wohnungsanwärter längst begraben sind oder zu gebrechlichen Greisen alterten, wird die zum „Sozialismus“ drängende Koalitionspolitik die sogenannten „Früchte“ zeitigen!

Wir Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterschaft werden das unsertun, durch die soziale Revolution und die dann erfolgende Beschlagnahme der Wohnungen der Besitzenden das Tempo der Wohnungsbeschaffung zu beschleunigen. Im übrigen werden wir, wie wir bewiesen haben, kein Mittel unversucht lassen, dem Proletariat neue Wohnungen zu verschaffen.

Ausperrung im Laufe der Woche auf die gesamte sächsisch-thüringische Textilindustrie abgelehnt.

Im Laufe des Montag hat auch die Streikbewegung eine weitere Ausdehnung erfahren: in Orel sind noch mehrere Betriebe in den Ausstand getreten, ebenso in Elsterberg und Reichenbach im Vogtlande.

Der Streik in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie beginnt sich auf Otfachsch zu ausweiten. Nachdem schon die Textilarbeiter von Neugersdorf den Kampf aufgenommen haben, beschloßen die Kollegen eines Jittauer Textilbetriebes, sich diesem Kampf anzuschließen. Am Dienstag wird eine Textil-Betriebsrätekonferenz von Jittau zu der Situation Stellung nehmen. Der äußere Anlaß zu dem Konflikt in Jittau ist die Weigerung der Unternehmer, den Arbeitervertretern eine Erhöhung ihrer Hungerlöhne zuzugestehen. Die Textilindustriellen des Ramenzer Reviers weigern sich, die den Textilarbeitern nach dem Willkürlichen Schiedspruch zustehende fünfprozentige Lohnerhöhung anzuzahlen. Insbesondere wurde jegliche Lohnerhöhung für die im Alford beschäftigten Textilarbeiter abgelehnt. Darauf beschloßen die aus Otfachsch empörten Arbeiter ein bis Montag befristetes Ultimatum an die Unternehmer, ihre Forderungen zu erfüllen. Im Falle der Ablehnung beginnt am Montag mit Arbeitschluß der Kampf auch in der Ramenzer Textilindustrie.

Oppositionelle Mehrheit im DMB. Offen

Offen, 23. Januar. In der Urabstimmung über das Ortsstatut errang die Gewerkschaftsopposition 1531 (gegen das Statut), die Reformisten erhielten 1404 Stimmen (für das Statut), obwohl die während des Nordwestkampfes neu geworbenen Mitglieder kein Stimmrecht hatten.

Zum ersten Male seit Jahren ist es der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Offen gelungen, die Mehrheit der Metallarbeiter in der dortigen DMB-Verwaltungsstelle zu erobern. Hier zeigt sich die Auswirkung der richtigen Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition auch bei den Metallarbeitern.

Wieder ein englischer Dampfer in Seenot. — U. Paris, 22. Januar. Nach einer Havas-Meldung aus Halifax befindet sich der englische Dampfer „Leeds-Brigde“, der von England nach Philadelphia unterwegs ist, mitten auf dem Atlantischen Ozean, nördlich den Azoren und den Bermudasinseln, in Seenot.

Explosion auf einem belgischen Dampfer. — Paris, 22. Januar. Nach einer Meldung aus Buenos Aires sind auf einem belgischen Frachtdampfer 200 mit flüssigem Brennstoff gefüllte Fässer explodiert.

Ausperrung in Sachsen-Thüringen beendet

Greiz, 23. Januar. Der Beschluß des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien, als Antwort auf die begonnenen Streiks, alle Saxoner Textilbetriebe auszusperrn, wurde noch am Sonnabend durchgeführt. Außerdem hat der Unternehmerverband am Montag die Stilllegung aller Textilbetriebe von Glauchau und Meerane angeordnet. Am Schluß eines von den Industriellen an die bürgerliche Presse Thüringens und Westfalens ausgegebenen Kommuniqués heißt es: „Wird keine Einigung erzielt, so wird die

Das Kind, das merkte, daß man es liegen ließ, ohne seinen Hunger zu stillen, brüllte von neuem los. Epi machte etwas Wasser lauwarm, zuckerte es ein wenig, gab etwas Orangensäfte hinein und reichte diese Frühstücksattrappe dem Hungrigen, der daraufhin still wurde.

Draußen hatte der Mistral sich gelegt, und die vom Ostwind hereingetriebenen Wolken entluden sich in schwerem Gewitterregen. Er peitschte gegen die Scheiben, drang durch das verwitterte Holz und ließ über die abgenutzten Planken hin. „Wo soll ich heute ankommen, um zu essen zu finden? Ihr Rüden krümmt sich. Wieder einen Tag lang soll sie sich von Tür zu Tür schleppen: „Es geht nicht anders! Ich muß Tiemon bitten, daß sie mir zehn Franc leiht!“

Eie wußte freilich, daß der Augenblick dazu nicht günstig war. Vor einigen Tagen hatte Etennette ihre Stellung bei der Parfümeuse und ihrer Knabenschaft hingeworfen: Das waren ja alles Windbeutel! Und erst morgen sollte sie eine neue Stellung in der Bar Kosmos antreten, wo ihr Freund, der Hemdenfabrikant, ihr einen Posten als Kassiererin verschafft hatte. Ach was! Sie würde sicher noch ein paar Groschen in der Tasche haben! „Wie ist gewiß noch nicht fort!“

Tiemon war am Abend vorher bei ihrer Mutter geblieben, da sie sich nach dem Abendessen nicht wohl gefühlt hatte. Eie machte sich Sorgen, hatte sie ihrer Freundin anvertraut, nachdem sie in ihrem Taschenspiegel ihr läppiges Gesicht betrachtet hatte:

„Ich fürchte ja, während du im Hospital warst — ja gerade an dem Tage, als du da eingetreten bist, hab ich irgendwo was aufgeschwatzt.“ „Was? Eine Krankheit?“ — „Schlimmer! Wenn's nur das wäre! ... Ein Gör.“ — „Das schickte ja nur noch!“ hatte Frau Kosman ausgerufen.

Epi hatte ihren Mantel übergezogen — ein Ueberbleibsel aus ihrer guten alten Zeit — und war zu Knibaby hineingegangen. Er schlief. Auf Tagelilien schlich sie hinaus und beschloß, das Kind Frau Kosman zum Auspacken hineinzubringen und gleichzeitig ihren Leihvertrag anzustellen. Aber in Gegenwart Etennettes, die nicht zur Arbeit gehen konnte — wagte sie es nicht. Die Alte war böse und brumnte:

„Das hat uns gefehlt! Ach, die Frauen! Dies Elend, solange sie jung sind! Junghen sollte man auch alle miteinander!“

Etennette brummte: „Auch das ist mal wieder ein Vergnügen, daß nur für die Reichen gefährlos ist! Aber Gehulb! Wir werden es schon schaffen. Da muß man zu den härteren Mitteln greifen!“

Sie hörte die Rabionschen Kinder oben umhertreiben, daß die Decke wackelte, während der bereits betrunkene Vater Schimpfworte brüllte. Da packte sie die Rut und sie rief:

„Hallo da oben! Ruhel! Hier unten ist jemand krank! Schlafen Sie Ihren Rausch anderswo aus!“

Sie hatte einen Beien ergriffen und ließ heftig gegen die Decke. „Ich bin das Elend leid! Leid!“

Mit aller Kraft warf sie den Beien durch das Zimmer hin gegen die Wand.

„Jetzt darf ich ihnen nicht mit meinen Sorgen kommen!“ sagte sich Epi. Sie verbarg ihre Enttäuschung und hat, wenn sie dem Schwindsüchtigen zu trinken bringen würden, einmal nach ihrem Kleinen zu sehen, während sie auf Stellungsuche ginge.

„Gehst du wieder Abgaben schicken?“ stellte Etennette fest. „Du liebe Zeit! Wie du gebaut bist, bist du dumm, Dinge wichtig zu nehmen, die es gar nicht sind! ... Natürlich mußst du es schauer anstellen wie ich! Aber ich werd' mich in Zukunft auch hüten ...“

Ohne zu antworten, ist Epi, da es sich ein wenig aufgeheitelt hatte, zum Hasen hinuntergegangen, wo sie sicher war, gute Menschen anzutreffen. Die Matrosen kennen sie und sind freundlich zu ihr. Einer von ihnen, Simon Vertoud, hat ihr sogar schon einmal fünf Francs geliehen. Beim Gedanken, wieder bitten zu müssen, häumt sich ihr Stolz auf, aber das Kind kann nicht länger warten.

Sie tänzelte sich halb absichtlich über den Jastinkt, der sie an den Hasen und auf die Suche nach Simon getrieben hat. Ihre Geldnot! Freilich, aber auch ein schüchtern, ungewisser Trieb eines von allen mißgünstigsten Herzen, das dem Seemann, der ihr gütig und ohne Hintergedanken geholfen hat, eine sanfte Dankbarkeit bewahrt, eine unbestimmte, halb unbewusste Sympathie.

(Fortsetzung folgt.)

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Margueritte
Berlin, Erich-Keig-Verlag

39

Es widerstrebt Epi, ihn dessen zu berauben, um der Schuld eines anderen willen. Ihr empfindlicher Stolz hatte sie dazu getrieben, zu behaupten, sie könne sich mit samt dem Kleinen selbst durchbringen. Sie hoffte jeden Morgen, Arbeit zu finden, und jeden Abend legte sie sich, verzweifelt vom vergeblichen Suchen, wieder nieder. Unter diesen Entbehrungen nahm der kleine Marr Rändig ab. Von dem letzten Geldschein des Daniels waren vorgeföhrt — sie hatte mit Entsetzen nachgerechnet — nur noch vier Francs übrig. Und die Milch kostete achtunddreißig Sous. Latzfischlich wäre sie ohne Frau Kosman und Tiemon dem Hungertod oder der Straße verfallen gewesen. Gestern hatten sie alle drei einen Würstzettel zu Abend gegessen. Und das Kind hatte den ganzen Tag außer ein wenig aufgelochter Milch — sie hatte die Reichen aus einer ihr von Etennette geschenkten Büchse zusammengetragen — nur ein bißchen eingelochten Kaffee bekommen. Ein Gedanke der Frau Kosman, die wußte, wie man schwächliche Säuglinge behandelt.

„Fräulein Kurelie hat mir nette Sachen eingeredet“, sagte Epi zu sich selbst, während sie ihren weinenden Sohn in den Armen wiegte. „Ihn aufziehen? Bomi? Die erste Wöchnerinnenhilfe? Die ist wohl der Rebe wert mit ihren fünfzehn Franc! Weiter tut man in der Rue Cassette nichts für die, die unerkannt bleiben wollen. Und wenn ich ihnen schon meinen Namen genannt hätte! Eine geringe Erhöhung des Almosen hätte mich auch nicht weiter gebracht!“ Meda-nisch wiegte sie das schreiende Bündel. Sie drückte es an ihre Wangen: „Armer Kleiner!“

Das Kind schaute mit offenem Mäulchen nach dem Gummifänger. Sie betrachtete es getäuscht, wollte es küssen, legte es dann heftig und mit Ueberwillen auf das Bett zurück.

„Eie war aufgefallen: „Kein Keim! Ich kann nicht. Es gleicht seinem Vater ... sieht ganz wie er aus. Ich kann es einfach nicht lieben.“

Berichtswortlich: für den politischen Teil Actue Dombrowski, für „Betrieb und Betrieb“ und „Waldenburg“ Wilhelm Bismarck, für „Grosbau“, „Grotte“ und die übrigen Verlagen Alfred Thomas, sämtlich in Dresden. — Für den ober-sächsischen Teil Georg Paris, Siedenburg. — Für die unteren Teile, Dresden.

Erfolgreicher Vorstoß der Opposition im Bergarbeiterverband Oberschlesien

Die Lehren der diesjährigen Ortsverwaltungswahlen

Das ober-schlesische Parteisekretariat veröffentlicht einen Artikel über die Arbeit der revolutionären Opposition im Bergarbeiterverband, der allen Gewerkschaftlern zur Beachtung empfohlen werden muß.

Die Redaktion.

P. L. Die Ortsverwaltungswahlen im Bergarbeiterverband im Bezirk Oberschlesien haben im allgemeinen einen Erfolg für die von den Kommunisten geführte revolutionäre Opposition gebracht. Es war nicht nur möglich, die schon vorher von der Opposition besetzten Ortsverwaltungen bis auf zwei, die verloren gingen, zu halten, sondern darüber hinaus noch neue Positionen zu besetzen. So z. B. die Zahlstelle Bialupitz, wo fast alle Funktionen von der Opposition besetzt wurden. Diese Erfolge sind das Ergebnis der verstärkten Aktivität unserer Genossen in der Gewerkschaft. Sie berechnen aber keinesfalls zum Ausruhen auf den Lorbeeren, sondern stellen erst recht der Opposition die Aufgabe, ihre Arbeit zu verdoppeln, um den reformistischen Einfluß unter den Bergarbeitern restlos zu liquidieren.

Die Arbeit der Opposition hat aber andererseits auch einige sehr ernste Mängel aufzuzeigen, von denen wir hier einige charakteristische anführen, damit alle Arbeiter daraus lernen.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie des BVV. ist in Oberschlesien bei der Bekämpfung der Opposition nicht weniger brutal als die Bürokratie in anderen Teilen des Reiches. So hat sie in Beuthen einen systematischen Kampf gegen unsere Genossen Schweda und Kempinski geführt. Bei den Betriebsräte-wahlen der Heintzgrube, wo die beiden Genossen in einer Mitglieder-versammlung des BVV. als Kandidaten zum Betriebsrat aufgestellt wurden, stellte die Bürokratie eine eigene Liste auf und warf die Genossen, weil sie nicht kapitulierten, aus dem Verband hinaus. Die Arbeiter der Heintzgrube quittierten diese Spaltungs-offensive der Gewerkschaftsbürokratie mit der überwältigenden Stimmenabgabe für die Liste der revolutionären Opposition. Die Gewerkschaftsbürokratie dachte natürlich nicht daran, ihren Kurs zu ändern. Der Sekretär des BVV., Piecha, erklärte vielmehr, daß sie ihren Kurs fortsetzen würden, auch wenn sie in Beuthen 300 Mitglieder verlieren sollten.

Sie haben aber nicht nur 300, sondern etwa 700 Mitglieder verloren, und zwar deshalb, weil sie im Kampf gegen die revolutionäre Opposition sich der schufstigsten Mittel bedienten und durch Denunziationen und Verleumdungen und Zusammenarbeit mit den Grubenbaronen die Entlassung der beiden Genossen aus dem Betriebe erreichten.

Andererseits verstanden unsere Genossen in Beuthen nicht die mit der Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie unzufriedenen Arbeiter zum Kampf gegen diese Politik zu mobilisieren, und zu Führern einer Massenopposition im BVV. zu werden. Hätten unsere Genossen in Beuthen eine planmäßige

Arbeit im BVV. geleistet, so hätten wir keine so zahlreichen Austritte aus dem BVV. zu verzeichnen, wohl aber wäre die Opposition in der Lage gewesen, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie eine entscheidende Schlacht zu liefern und ihren Einfluß zurückzudrängen. Die Folge des Fehlers (die oppositionellen Arbeiter im Verband nicht aufzufassen), den unsere Genossen machten, ist, daß die Position der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in Beuthen nicht ernstlich erschüttert ist.

In den zwei Zahlstellen, wo wir die Führung an die Reformisten abgegeben haben, in Sosniga und Hindenburg I, glaubten die dort führenden Genossen, die Positionen dadurch zu erhalten, daß sie dem Druck der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auswichen, keinen ernsthaften Kampf gegen die Politik der reformistischen Bürokratie führten, und in entscheidenden Fragen vor dieser kapitulierten. Alle Versuche der Partei, sie von dieser fehlerhaften Politik zu überzeugen, scheiterten. Die Genossen erklärten, daß sie zwar von der Richtigkeit der Politik der kommunistischen Partei überzeugt seien, daß sie diese Politik aber nicht durchführen könnten, weil das ihre Position im Verband gefährden würde, weil sie dadurch der Bürokratie die Möglichkeit zum Einschreiten gegen sie geben würden. Das Resultat dieses ständigen Zurückweichens vor der Bürokratie war, daß die Genossen keine revolutionäre, sondern eine durch und durch opportunistische Politik machten. Das Vertrauen, welches ihnen die Arbeiter entgegengebracht hatten, wurde von ihnen auf schamhafte Weise verwirrschaftet. Gleichzeitig gaben sie der reformistischen Bürokratie und deren Anhang die Möglichkeit, die Arbeiter mit dem Hinweis auf die opportunistische Politik der kommunistischen Funktionäre irrezuführen und die Funktionen im BVV. jetzt wieder zu besetzen.

Während also dort, wo die kommunistischen Funktionäre dem Druck der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie erlagen und praktisch vor ihr kapitulierten, und dort, wo unsere Genossen es unterließen, einen entscheidenden organisierten Kampf gegen den Reformismus zu führen, sich der Reformismus, sei es auch unter großem Mitglieder-verlust, behaupten konnte, ist er überall dort, wo die Opposition aktiv war, geschlagen worden.

Diese wenigen Tatsachen verpflichten die Kommunisten, noch mehr als bisher den Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften zu führen. Freilich wird dieser Kampf nicht erst in der Generalversammlung geführt werden können, in der die Wahl der Leitung auf der Tagesordnung steht. Dieser Kampf muß vielmehr Tag für Tag, vor allem in den Betrieben, von uns geführt werden. Je besser wir verstehen, durch die Betriebszellen und durch die Schaffung und Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen den Reformismus zu bekämpfen, um so nachdrücklicher ist unser Sieg über den Reformismus, um so besser gelingt es uns, den Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeitermassen zu brechen.

Es gibt zweifellos in Oberschlesien eine sehr große Anzahl Arbeiter, die ablehnen, in die Gewerkschaften zu gehen, weil sie, wie sie

lagen, die Reformisten durch ihre Beiträge nicht unterstützen wollen. Diese Arbeiter glauben, daß sie den Reformismus durch Boykott vernichten könnten. Sie übersehen dabei entweder die Tatsache, daß die Arbeiter zum Kampf um bessere Existenzbedingungen sich gewerkschaftlich organisieren müssen, oder sie glauben, daß man eine ganz saubere, reformistereinere Gewerkschaft gründen und dadurch den Reformismus bekämpfen könne. Aber weder das eine noch das andere ist, wie uns die Erfahrung lehrt, ein gangbarer Weg zur Bekämpfung des Reformismus in der Arbeiterbewegung. In beiden Fällen würde man die Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften der künftigen Beeinflussung durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie überlassen und auf einen Kampf mit dem Reformismus und die Arbeiter verzichten. Die scheinbar „radikale“ Haltung: „Keinen Groschen den reformistischen Bonzen“, läuft also praktisch auf ein Ausweichen vor dem Kampf mit diesen reformistischen Bonzen hinaus.

Die revolutionäre Opposition kann diesem Kampf aber nicht ausweichen, tut sie es trotzdem, so ist sie, wie das Beispiel der Zahlstellen Sosniga und Hindenburg I zeigt, zum Untergang verurteilt und verhilft damit dem Reformismus zu einem Sieg.

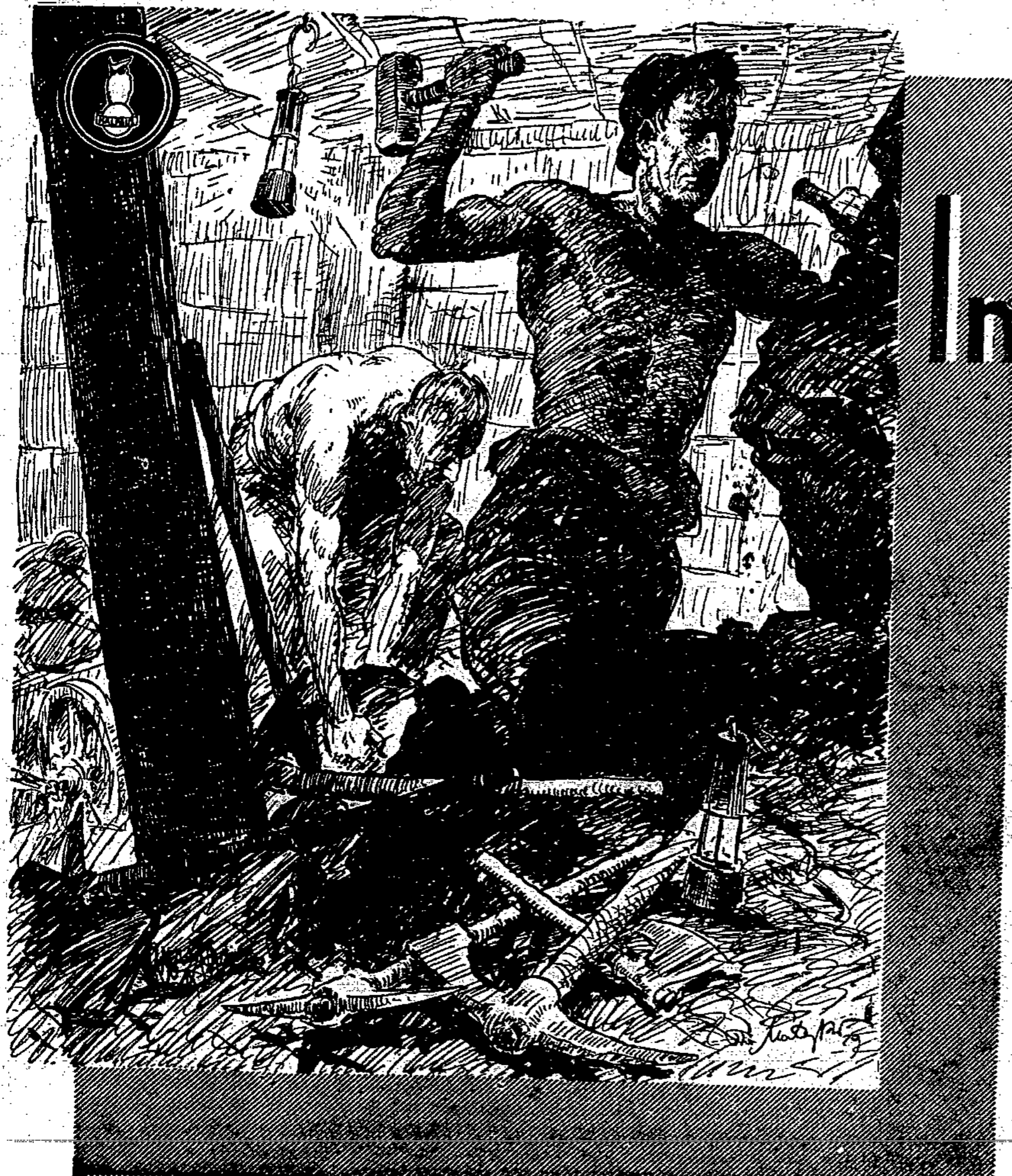
Die revolutionäre Opposition kann auch nicht in ihrem Kampfe auf halbem Wege stehen bleiben, oder nur halbe Maßnahmen anwenden, wie sie das zweifellos in Beuthen getan hat. Damit schlägt sie zwar den Reformismus zurück, aber sie ist nicht imstande, seine Positionen zu zerstören.

Deshalb muß die revolutionäre Opposition den Kampf in den Gewerkschaften konsequent führen:

1. indem sie dem Reformismus keinerlei ideologische Konzessionen macht, sondern dem Reformismus ihre klare revolutionäre Linie in allen Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse um bessere Existenzbedingungen entgegenstellt;
2. indem sie ständig die Zahl der Kämpfer gegen den Reformismus vermehrt durch Werbung noch außerhalb der Gewerkschaften stehender oppositioneller Arbeiter für die Gewerkschaft und Lösung der Arbeiter von dem reformistischen Einfluß.

Die Erziehung der unteren Funktionärposten in der Gewerkschaft ermöglicht dieses Lösen der Mitglieder von dem reformistischen Einfluß in besonderem Maße. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie macht nicht umsonst die größten Anstrengungen, um in besonders dazu eingerichteten Schulen einen Stamm reformistisch erzogener und mit reformistischer Ideologie durchtränkter Funktionäre heranzubilden.

Der Reformismus führt mit uns einen erbitterten Kampf um die Arbeitermassen. Er weiß, daß er verloren ist, wenn es uns gelingt, in den Gewerkschaften festen Fuß zu fassen und die Arbeiter gegen ihn zu mobilisieren. Der Reformismus sucht die Massen dadurch zu gewinnen, daß er den Blick des einzelnen trübt und den Arbeitern weismachen will, daß es ohne den erbitterten Klassenkampf, auf dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie“, der Zusammenarbeit mit den Unternehmern möglich sei, die Lage der Arbeiter zu bessern. Aber diese Arbeitgemeinschaftspolitik hat schon so oft bankrott gemacht, daß die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum von den Arbeitern bezahlt werden muß, so daß es für die Kommunisten nicht allzu schwer ist, den Arbeitern den Weg des Kampfes zu zeigen, den wahren Charakter der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu entlarven und sie auch gleichzeitig zum Kampf gegen den Reformismus als einen Helfer der besitzenden Klasse zu führen.



In Schlesien

wird man noch Jahrhunderte hindurch Kohle fördern können, wenn im übrigen Deutschland bereits die letzte Tonne Kohle abgebaut ist. — Unentwegt bricht zäher Arbeitswille aus Falsgestein Schlesiens schwarzes Gold.

Werte schaffen, heißt der Heimat dienen. Wertmesser schlesischer Qualitätsarbeit sind auch schon seit Jahrzehnten Halpaus-Cigaretten. — Technisch vollendete Herstellung, dem herrschenden Geschmack angepaßte Mischungen bahnten ihnen den Weg. — Halpaus-Cigaretten sind der Ausdruck höchster schlesischer Leistungsfähigkeit. — Darum ist

RARITÄT

DIE CIGARETTE DES SCHLESISERS
o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

Hochkonjunktur in Amerika / Krise in England

Rückblick auf die Wirtschaftslage des Kapitalismus im Auslande

Die Konjunktur-Propheten für das Jahr 1928 haben sich nicht bewährt. Die zu Anfang 1928 einsetzende Depression in den Vereinigten Staaten von Amerika ist zu keiner Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. In England wiederum ist der prophezeite Konjunkturaufstieg ausgeblieben. Es ist vielmehr eine neue Verschärfung der Krise eingetreten. Auch im kapitalistischen Kontinentaleuropa ist die Wirtschaftskrisis nicht einheitlich gewesen; in Frankreich ein bedeutender Konjunkturaufstieg bis zu teilweiser Hochkonjunktur, ebenfalls Konjunkturaufstieg in Polen und der Tschechoslowakei, aber anhaltende Krise mit geringen einzelnen Konjunkturbewegungen in Italien und schließlich die Entwicklung in Deutschland: in der ersten Jahreshälfte anhaltende Hochkonjunktur (aber scharfe Produktionseinschränkungen in der Textilindustrie), in der zweiten Jahreshälfte Abstieg der Konjunktur.

Der Konjunkturfampf zwischen London und New York

Bedeutend für die kapitalistische Wirtschaft und Politik war es im vergangenen Jahre, daß unter dem Einfluß der Konjunkturentwicklung die internationale Stellung des Londoner Kapitalmarktes sich gefestigt, die New Yorker dagegen relativ zurückgegangen ist. Es war für das deutsche Finanzkapital, z. B. vor allem in der 2. Jahreshälfte 1928, viel schwieriger als in früheren Jahren, in New York eine Auslandsanleihe zu erhalten, während London zur Vergabung von Auslandsanleihen eher bereit war. Von hier aus hat sich auch der 1928 erstmals wieder fließende Strom der französischen Kapitalausfuhr verhält. Der französische Imperialismus hat sich von dem New Yorker Kapitalmarkt unabhängig gemacht. Seine Bereitwilligkeit, Frankreich Auslandsanleihen zu gewähren, ist für den französischen Staat wegen seiner kurzfristigen Verschuldung auch im nächsten Jahre noch von Bedeutung, braucht aber nicht mit teuren Opfern erkauft zu werden. Der französische Kapitalismus selber ist wieder zu einem der wichtigsten Kapitalausfuhrländer geworden, damit mehr als vordem zu unabhängiger imperialistischer Betätigung instand gesetzt, was bereits in dem englisch-französischen Rüstungsabkommen zum Ausdruck gekommen ist.

Umgekehrt beweist die größere Kapitalausfuhr aus London nicht, daß der Niedergang des britischen Imperialismus nunmehr aufgehalten worden ist. In Amerika wächst der Drang nach Kapitalausfuhr gerade wegen der riesigen Profite und des wachsenden Reichtums des amerikanischen Finanzkapitals bei tendenziellen Fallen der Profitrate für das in den Vereinigten Staaten angelegte Kapital, das in dem räumlich ausgedehnten und an Rohstoffen äußerst reichen Lande noch gewaltige Ausdehnungsmöglichkeiten hat. Aber damit wächst gleichzeitig die Konkurrenz mit Europas Industrieländern, so daß auch die amerikanischen Kapitalisten gezwungen sind, weiterhin den technischen Fortschritt in noch schnellerem Tempo vorwärtszutreiben, mehr Maschinen sich anzuschaffen, die noch billiger als die menschliche Arbeitskraft sind.

In England dagegen ist der Drang nach Kapitalausfuhr im Jahre 1927 nicht die Folge einer vorangegangenen oder gleichzeitigen Festigung und Neuausdehnung des britischen Großkapitals gewesen und eines deswegen erfolgten tendenziellen Falles der Profitrate. Vielmehr hat das Londoner Finanzkapital einen größeren Teil seiner immer noch gewaltigen Einnahmen aus Auslandsanlagen nicht in England selber angelegt, sondern zur Kapitalausfuhr verwendet. Das wird in der Emissionsstatistik durch die Kapitalerhöhungen und Neugründungen bei den innerenglischen Rationalisierungszusammenschlüssen verdeckt. Hingegen kam noch der Kapitalzufluß aus Frankreich, der den Londoner Kapitalmarkt ebenfalls flüssig machte. Im Laufe der weiteren Rationalisierung der englischen Industrie wird allerdings ihr Kapitalbedarf rapide wachsen.

Amerika

Zweifellos ist die Erneuerung und Ausdehnung des industriellen Produktionsapparates oder allgemeine Kapitalakkumulation während des Jahres 1928 in USA in weitaus schnellerem Tempo vorwärtsgeschritten als in England.

Die Hochkonjunktur in Amerika erstreckt sich vor allem auf die Produktion von Produktionsmitteln und von typischen Konsumgütern der amerikanischen Bourgeoisie, während dagegen die Lage der amerikanischen Arbeiterschaft durch die neue Hochkonjunktur sich keineswegs gebessert hat. Im Gegenteil, der härtere werdende Rationalisierungsdruck auch in USA, kommt in der gewaltigen Zunahme der Produktionszahlen bei Bestehenbleiben der Massenarbeitslosigkeit und nur geringfügiger Steigerung der beschäftigten Arbeiter zum Ausdruck.

In zahlreichen Industriezweigen werden die Rekordzahlen des Vorjahres noch überschritten. Die Sanitätskrisis sind von Januar bis September 1928 von 364 Millionen Dollar auf 521 gestiegen (im September 1927 449). Der amtliche Index der industriellen Produktion (1923 bis 1925 = 100), stand im August 1928 auf 112 gegenüber 107 im August des Vorjahres. Die Automobilindustrie hat nach der Umstellung von Ford neue Rekordzahlen aufzuweisen. Im August wurden 461 000 Automobile fabriziert gegenüber 283 000 im monatlichen Durchschnitt 1927 (im September 1928 allerdings nur 399 000).

Die Auftragsbestände des Stahlwerks sind von 4,27 Millionen Tonnen im Januar 1928 auf 3,69 Millionen Tonnen (im September des Vorjahres 3,14 Millionen Tonnen) gefallen.

Trotz des härteren Inlandsabzuges hat die Aktivität der Handelsbilanz infolge Ausfuhrsteigerung wieder zugenommen. Der Ausfuhrüberschlag belief sich in den ersten neun Monaten 1927 auf 484 Millionen Dollar gegenüber 34 Millionen Dollar in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Im Gegensatz zu England steigert der nordamerikanische Imperialismus seine Kapitalausfuhr zum größeren Teile noch durch Warenzufuhrüberschüsse.

Trotz des rapiden Konjunkturaufschwunges ist der Beschäftigungsindex (Zahl der Beschäftigten 1923 = 100) von Januar bis September 1928 nur von 84,2 auf 87,3 gestiegen und befindet sich dadurch noch unter dem Stande des Vorjahres (88,5). Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wuchs gegenwärtig auf weit über drei Millionen Arbeitlose geschätzt werden. Die härtere Beschäftigung in der Automobil-

Industrie hat nicht den neuen Arbeiterabbau in der Textilindustrie, die von der Hochkonjunktur nicht betroffen wird, ausgeglichen. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Baumwollspinneln ist von 31,7 Millionen Stück im Januar 1928 auf 28,2 Millionen Stück im September 1928 (September 1927: 32,3 Millionen).

Die neue Hochkonjunktur ist bisher nicht durch die mehrmalige Heraushebung des amtlichen Bankdiskonts (von 3,5 Prozent im Vorjahre auf 6 Prozent seit Juli 1928) und das Steigen der Zinssätze aufgehalten worden. Dadurch sollte die New Yorker Börsenspekulation eingeschränkt werden, während sie tatsächlich weiter zugenommen hat. Denn gerade das Steigen der Zinssätze in USA hat zu einem bedeutenden Rückfluß kurzfristiger Auslandskredite und einem Zufluß von freien Spar- und Reservegeldern geführt. Deswegen haben die „Mutterdarlehen in New York“, das Barometer für die Börsenspekulation, weiterhin zugenommen und im September 1928 den gewaltigen Betrag von 5,5 Milliarden Dollar (Ende Dezember 5,1 Milliarden) erreicht.

Aber auch die „Wirtschaftskredite“ haben im Laufe des vergangenen Jahres eine starke Steigerung erfahren. Die an den Handel gewährten Kredite der Mitgliedsbanken sind von Januar bis September 1928 von 8,6 Milliarden Dollar auf 9,1 Milliarden Dollar, die Wechselkredite der Bundesreserve-Banken von 465 Millionen Dollar auf 1064 Millionen Dollar gestiegen.

Diese starke Anspannung des Kredits kann gerade in Amerika, wo das Abzugsengeschäft mehr als in Europa blüht, sehr leicht zu einem um so schärferen Rückschlag führen. Diese Gefahr besteht im Jahre 1929 in verstärktem Maße.

England

In England dagegen ist im Verlaufe des Jahres 1928 eine weitere Einschränkung der industriellen Erzeugung und ein neuer Abbau von Arbeitskräften erfolgt.

Von der verschärften Krise werden nur einige wenige Industriezweige, die infolge der Umstellungen auf neue Energiekräfte (Elektrizität und Chemie) auch in der Zeit der Depression ihren Abfall erweitern, oder die auf den immer noch sehr reichlichen Luxuskonsum der englischen Bourgeoisie rechnen; dieser wird in der Depressionszeit nicht geringer, sondern eher noch größer. Eine gute Konjunktur hat deswegen die Radio-Industrie, die Gramophon- und Filmindustrie gehabt.

Dagegen weisen die eisen- und Stahlproduzierende und verarbeitende Industrie, der Kohlenbergbau und die Textilindustrie, im dritten Quartal 1928 einen neuen Tiefstand auf.

Der Index der industriellen Produktion (1913 = 100, berechnet vom London und Cambridge Economic Service) ist vom dritten Vierteljahr 1927 bis zum ersten Vierteljahr 1928 und sodann bis zum dritten Vierteljahr 1928 von 94,5 auf 83,4 und 84,8 zurückgegangen. Im einzelnen ist der Produktionsindex für den Kohlenbergbau von 85,1 auf 91,0 bis zum 1. Quartal 1928 gestiegen, sodann aber bis zum dritten Quartal auf 78,4 gesunken. Der Produktionsindex für die Eisen- und Stahlindustrie hat unterbrochen von 87,9 auf 86,8 und 80,2 abgenommen; hieran ist vor allem der Schiffbau mit einer Senkung von 76,7 auf 72,0 und 54,4 beteiligt. Seit 1926 ist in der englischen Textilindustrie ein derartiger Rückgang nicht zu verzeichnen gewesen. Obwohl die Textilbetriebe bereits im dritten Quartal 1927 stark eingeschränkt arbeiteten, ist nach einer kleinen Belebung im ersten Quartal 1928 (74,5 gegenüber 70,3) bis zum dritten Quartal 1928 ein scharfer Abstieg (auf 60,5) erfolgt. Sogar in der chemischen Industrie ist die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr geringer gewesen, wenn auch nicht in sehr erheblichem Maße.

Trotz der neuen Konjunkturverschlechterung hat sich die Handelsbilanz Englands nicht wesentlich gebessert. Die Wareneinfuhr ist in den ersten elf Monaten 1928 gegenüber derselben Zeit des Vorjahres nur um 1,7 Prozent geringer, die Wareneinfuhr aber nur um 1,5 Prozent größer gewesen.

Nur sehr langsam schreitet der Zusammenschluß des englischen Industrielapitals zwecks Rationalisierung und monopolistischen Preiswunders vorwärts. Dennoch zwingt die anhaltende Depression und Abzugsnot zu beschleunigter Kapitalkonzentration und Neubildung von Industriemonopolen.

Kurz vor Jahresabschluss hat sich der erste große englische Stahltrust, die English Steel Corporation, aus den Eisen- und Stahlwerken der Stahlwerke von Widens, Widens Armstrong und Calwell Laird & Co. gebildet; diese haben auch einen besonderen Waggonsbauwerk zwecks Rationalisierung und Konzentration der Produktion in den rentabelsten Werken gegründet.

Die Vertrauung im Steinkohlenbergbau hat demgegenüber nur geringfügige Fortschritte gemacht, obwohl die Gesamtzahl der Zusammenschlüsse sich auf 17 mit 172 Schächten beläuft. Aber der größte Kohlentrust beherrscht nicht mehr als 12 Prozent der englischen Kohlenförderung. Dagegen wird die Anthrazitproduktion 75 Prozent durch die Amalgamierte Anthracite Collieries beherrscht. In den wichtigsten Kohlenbezirken haben sich Verkaufsstellen und Syndikate zwecks gemeinsamer Organisation des Abzuges und Hochhaltung der Verkaufspreise gebildet. Sie erheben von den angeschlossenen Rechenunternehmern Abgaben in Höhe von 8 bis 9 Schilling je Tonne, um dadurch den Abfall zu erweitern und Dumpingausfuhr zu betreiben zu können, während gleichzeitig innerhalb des Bezirkes der Preis hochgehalten werden soll. Die distriktweise Kartellierung des Kohlenkapitals ist die Voraussetzung für die Bildung eines gesamtenglischen Kohlenkartells.

Die Versuche der Textilindustriellen, sich ebenfalls in Verbänden zwecks organisierter Produktionseinschränkung und Kartellierung, sowie durchgreifender Rationalisierung zusammenzufinden, sind bisher völlig gescheitert.

Dafür hoffen die englischen Großindustriellen, im Jahre 1929 ihre Wünsche nach erhöhter Schutzzöllen durchsetzen zu können. Sie haben sich hierbei bereits die aktive Unterstützung durch eine Reihe von korruptierten reformistischen Gewerkschaftsführern zu sichern verstanden. Ihr Verzicht auf den aktiven Widerstand gegen die großkapitalistische Rationalisierung und den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus zwingt die Reformisten zu einem offenen Einschwenken in die imperialistische Front. Die Durchführung eines neuen Schutzzollsystems, das von der Regierung bereits angekündigt wird, wird die Monopolisierung des englischen Industrielapitals außerordentlich fördern.

Im Zusammenhang mit den neuen Trustgründungen und der allmählich fortschreitenden Rationalisierung hat die Neuausgabe von englischen Wertpapieren sich im vergangenen Jahre erhöht, während gleichzeitig die Emission ausländischer Wert-

papere, besonders für die britischen Dominions und Kolonien, sich vermindert hat. Die Neuausgabe von Wertpapieren für innerenglische Aktiengesellschaften sowie den englischen Staat ist von 129 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1926 auf 208 Millionen Pfund im Jahre 1927 und 283 Millionen im Jahre 1928 gestiegen. (1913 — 88 Millionen.) Gleichzeitig sind die Neuausgaben, die für die Dominions und Kolonien bestimmt sind, von 68,1 Millionen Pfund im Jahre 1926 auf 89,8 Millionen Pfund im Jahre 1927 gestiegen, im Jahre 1928 aber wieder auf 78,1 Millionen Pfund gefallen (1913 — 76,1 Millionen). Das übrige Ausland ist an den neuen Anleihen und Kapitalerhöhungen mit 48,4 Millionen Pfund (1928), 48,4 im Jahre 1927 und 12,3 im Jahre 1928 beteiligt (1913 — 84,4). Aus diesen Zahlen ist aber nicht die Bewegung der kurzfristigen Auslandskredite ersichtlich, sie ist im vergangenen Jahre außerordentlich angestiegen, im Zusammenhang mit der verschärften Depression in England und der Kapitaleinfuhr aus Frankreich.

Frankreich

Als Folge der endgültigen Stabilisierung des französischen Franken hat ein Rückfluß von Kapital, das während der Inflationszeit überflüssig im Auslande angelegt worden war („Kapitalflucht“), zur Folge gehabt. Ebenso ist das Sparkapital mit der Währungsgegendung im vergangenen Jahre wieder außerordentlich angewachsen. All dies gab die Grundlage für einen neuen gesteigerten Kapitalexport, obwohl auch die innerfranzösischen Kapitalanlagen im Jahre 1928 außerordentlich zugenommen haben.

Die Kapitalerhöhungen und Anleiheausgaben der französischen Aktiengesellschaften beliefen sich im ersten Halbjahr 1928 auf 4,8 Milliarden Franken (9,9 Milliarden Vorkriegsfranken) gegenüber 7,8 Milliarden (1,5) im ganzen Jahre 1927 und 2,8 Milliarden im Jahre 1913. Die Depositen bei den drei größten Banken hatten Mitte 1928 bereits den Vorkriegsbetrag überschritten, bei Umrechnung der jetzigen Frankenguthaben auf ihren Goldwert. Für das vergangene Jahr wird die Schätzung der Kapitalausfuhr dadurch erschwert, daß infolge der französischen Steuerleggebung (hohe Besteuerung der Emission von ausländischen Wertpapieren) zur statistisch nicht erfaßten kurzfristigen Verleihung umfangreicher französischer Kapitalien an englische Großbanken geführt hat. Außerdem sollen die französischen Banken für etwa anderthalb Milliarden Mark deutsche Wechsel im Besitz haben.

Trotz der gesteigerten Kapitalausfuhr hat sich die französische Handelsbilanz im abgelaufenen Jahre verschlechtert (Einfuhrüberschuß in den ersten neun Monaten 1,2 Milliarden Franken). Dies ist eine Folge der neuen Hochkonjunktur in der französischen Industrie.

Der Produktionsindex der metallverarbeitenden Industrie (1913 = 100) ist von 114 im September 1927 auf 118 im Januar 1928 und 141 im September gestiegen. Eine neue Rekordzahl für die Nachkriegszeit! Dagegen hat sich die Konjunkturlage in der Textilindustrie, aber auch in der Automobilindustrie infolge verschärfter Auslandskonkurrenz verschlechtert. Der Produktionsindex der Textilindustrie ist allein von April bis September 1928 von 102 auf 93 gesunken und steht damit ungefähr auf dem Stande des Vorjahres.

Auch in der Tschechoslowakei und Polen ist im Jahre 1928 eine Konjunkturverbesserung und Steigerung der industriellen Produktion erfolgt. In der Tschechoslowakei hat dazu vor allem die günstige Entwicklung der Ausfuhr beigetragen; in Polen dagegen hat die Ausfuhr in den ersten drei Vierteljahren gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres abgenommen bei Zunahme der Einfuhr. Ein Zeichen für wachsende Auslandsverschuldung und Kapitaleinfuhr. Die Kredite der polnischen Banken sind im Vorjahre außerordentlich angewachsen; es ist bereits eine neue Verknappung auf dem Kapitalmarkt eingetreten.

Trotz der günstigsten Ernteergebnisse in

Italien

hat hier die Wirtschaftskrise sich nur wenig gemildert. Die Arbeitslosigkeit hält sich immer noch auf außerordentlich hohem Stande. Die Lebenshaltungskosten sind trotz der Deflationsoptik im abgelaufenen Jahre nicht gesunken, obwohl Russland eine dreißigprozentige Lohnsenkung diktiert hat. Dadurch war im abgelaufenen Jahre das italienische Industriekapital imstande, seine Ausfuhr steigern und so die Handelsbilanz Italiens verbessern zu können. Dennoch sind in der Kunst- und Textilindustrie, in der chemischen Industrie und teilweise auch in der Automobilindustrie neue Produktions-einschränkungen erfolgt.

Im Gegensatz zu den Niedergangsercheinungen im britischen Imperialismus und dem verschärften Druck auf die Lebenslage der Arbeiterschaft in sämtlichen kapitalistischen Staaten hat im Jahre 1928 der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion beträchtliche Fortschritte machen können. Gewiß sind auch neue Schwierigkeiten eingetreten; aber dies sind keine Niedergangsercheinungen wie in England, sondern Wachstumsschwierigkeiten, eine Folge der fortschreitenden Industrialisierung und Erweiterung der Industrie nach ihrem gelungenen Wiederaufbau. Auch im Jahre 1929 wird die Sowjetunion ihre Industrialisierung in beschleunigtem Tempo fortsetzen, in Verbindung mit der Förderung der Agrarproduktion, mit der Industrialisierung der Landwirtschaft als Voraussetzung für die Sozialisierung auf dem Lande.

Der britische Imperialismus hofft seinen Niedergang vor allem durch Niederdrückung der Sowjetunion aufhalten und dadurch gleichzeitig neue Kraft für seinen Wiederaufstieg gewinnen zu können. Zweifellos wird gerade deswegen im künftigen Jahre der englische Imperialismus seine Anstrengungen verdoppeln, um den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zu tören und den von langer Hand vorbereiteten Krieg gegen die Sowjetunion zu entfesseln. Die neu gesteigerte Aktivität des französischen Imperialismus ist ebenfalls vor allem gegen die Sowjetunion gerichtet.

Das Jahr 1929 wird somit unter dem Zeichen gesteigerten Rationalisierungsdruckes in der gesamten kapitalistischen Welt, des Bestehenbleibens der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, England und Amerika und gleichzeitig verstärkter Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion stehen. G. Neimann.

Lessing Feler

Lessingfeler, Lessingfeler, Wie sie blöken, diese Schreiber!

Kirchen sind erleuchtet — ha! Redner in den Sälen da — Also loben sie den Dichter, Ungesott'ne Mottonlichter.

Hungernd steh'n an allen Ecken Volk und Dichter, die verrocken; Sühne Lessing diese Leute, Schlitg' zu Fetzen er die Moute.

R. G.

Zitterpfeifen im Lobetheater

Am Schluß der gestrigen Aufführung der „Revolte im Erziehungs-haus“ im Lobetheater versuchten einige Muder ihre geistige Rückständigkeit dadurch zu beweisen, daß sie ein Zitterpfeifen-Losgeri begannen.

Zum Doppelraubmord

Wie wir erfahren, haben sich von den gestern aufgeforderten Zeugen einige gemeldet. Ueber ihre Aussagen war vorläufig nichts zu erfahren.

Fast hundert amtliche Beanstandungen von Milch in einem Monat

Das Gewerbeamt hat im Monat Dezember: 8 Proben Vollmilch wegen Verunreinigung, 18 Proben Vollmilch wegen Entrahmung, 3 Proben Vollmilch wegen Verschmutzung, 2 Proben Tafelbutter wegen zu hohen Wassergehalts, 2 Proben Tafelbutter wegen zu geringen Fettgehalts, 1 Probe Tafelbutter wegen zu hohen Salzgehalts, 1 Probe Tafelbutter wegen Zusatzes von 50 Prozent Margarine.

Ueberraschender Freispruch

Der 50 Jahre alte Kaufmann Wilhelm D. aus Breslau ist nicht weniger als 17 mal verurteilt. Bereits viermal wurde er wegen Diebstahls von Brillanten abgeurteilt.

Vom Provinziallandtag. Der im Frühjahr fällige 7. Nieder-schlesische Provinziallandtag wird voraussichtlich Mitte März zusammentreten.

Der diesjährige Maschinenmarkt fällt aus. Die Maschinenmarkt-Kommission des Landwirtschaftlichen Vereins zu Breslau hat beschlossen, in diesem Jahre von einer Abhaltung des großen Landwirtschaftlichen Maschinenmarktes abzusehen.

Selbstmord. In einem Hotel auf der Reudorfstraße wurde der Reisende Tworoga von hier tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Veronalbergiftung vor.

Strafensfälle. Gestern Dienstag, 19.45 Uhr, fuhr eine Klein-Kraftrolle auf der Kaiser-Wilhelm-, Ecke Landberger Straße gegen einen Leitungsmaß der Straßenbahn.

Strafensfälle. Gestern Dienstag, 19.45 Uhr, fuhr eine Klein-Kraftrolle auf der Kaiser-Wilhelm-, Ecke Landberger Straße gegen einen Leitungsmaß der Straßenbahn.

„Ein hiesiges Urteil.“ In dem Bericht über die Beurteilung des Elektromonteurs Savinsky zu 3 Monaten Gefängnis wegen falscher Anschuldigung schreibt uns die Justizpressestelle: Den Koffer hat S. beim Oberlandjäger Hill der Vermieterin als Pfand übergeben.

Bermittelt wird die Hausangestellte Martha Kraska, geboren 30. 3. 10 zu Herrendorf, Kreis Ohlau, hier, Lange Gasse 48/50, wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, dunkelblondes, glattes Haar.

Der Kutscher braucht kein Mittagessen. So scheinen die Inhaber der Firma Gleitscher u. Diebler zu denken. Der dort in Stellung befindliche Kutscher W. war am 21. September v. J. nach 4 Uhr nachmittags von einer Tour zurückgekehrt und mußte eine Stunde später nochmals wegfahren.

Eine hiesige Druckerei G. hatte am 1. Oktober v. J. die 18 jährige S. angenommen, um sie als Einlegerin auszubilden. Die S. wurde auch als Einlegerin beschäftigt, nur wenn Maschinen eingereicht wurden, mußte sie andere Arbeiten ausführen, wie eine Zeugin ausagte.

Massen heraus!

Der Breslauer „Stahlhelm“ will den 70. Geburtstag des gekrönten Deserteurs am Sonntag, dem 27. Januar 1929, zu einem

Faschistischen Aufmarsch zur Provokation der Breslauer Arbeiterschaft benützen

Wir rufen daher die Breslauer Arbeiterschaft zur

Gegendemonstration

gegen den Faschismus

am Sonntag, 13 Uhr, n. dem Striegauer Platz

auf. — Nieder mit den schwarzweißbroten Unternehmern! Nieder mit dem Faschismus!

Betriebsleitung Schlesien der Komm. Partei Deutschlands Gauführung Schlesien des „Roten Frontkämpfer-Bundes“

Mittelschlesien

Krach im Münsterberger Bankverein

Als sich kürzlich im Abort eines Zuges zwischen Breslau und Münsterberg der Aufsichtsratsvorsitzende des Bankvereins Münsterberg eine Kugel in den Kopf schoß, tauchten Gerüchte über große Veruntreuungen im Bankverein auf.

Selbentaten des Schottwitzer sozialdemokratischen Amtsvorstehers

Die Furcht vor den kommenden Kommunalwahlen findet bei den hiesigen Sozialdemokraten keine Grenzen. Vor einiger Zeit fand eine Mitgliederversammlung der SPD. bei dem Gastwirt Preßcher statt.

Wie gesagt: Der Amtsvorsteher Münchenerberger ist Sozialdemokrat! Dazu Kreisabgeordneter! Wir fragen hiermit in aller Öffentlichkeit, wieweit die Amtsbefugnisse dieses sozialdemokratischen Amtsvorstehers gehen.

Bei Treu und Glauben nur dann gelten, wenn es dem Arbeitgeber paßt, sagte der Kaufmann G. gegen die Konfektionsfirma W. auf Zahlung von 600 Mark Gehalt für ein Vierteljahr und 200 Mark Umzugskosten.

Wegen ungültiger Kündigung sagte der Verkäufer S. gegen die Radiostema S. auf Zahlung eines Monatsgehalts von 186 Mark und 50 Mark für Ueberstunden und Sonntagsarbeit.

Wie werden unsere Organisation festigen, trotz Dolalverbot, trotz Terror des SPD-Münchenerberger, und wir werden den kommenden Kämpfen gewachsen sein.

Brieg. Zwei jugendliche vermisst. Am 17. Dezember begab sich der 17jährige Mechanikerlehrling Georg G. auf den Weg zu seiner Arbeitsstätte in der Plattenstraße.

Folgenschwere Schlägerei. Im Mädchen-Gasthaus in Konradswaldau kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen dem 83jährigen Malbarbeiter Deutsch und dem 44jährigen Maurer Stephan.

Arbeitersport

Breslauer Handballgesellschaftsspiele am 27. Januar. Auf der Hellmutstraße spielen um 14 und 16.10 Uhr 8. Abt. 1 gegen 1897 I und 8. Abt. II gegen 1897 II.

Zirkus „USA Stern“. In eine recht unangenehme Lage kam unser Verein am Sonntag durch die in letzter Stunde umgestellte Abgabe des USV. Gernsdorf, zumal die Spiele noch im Vorjahre abgeschlossen wurden.

Versammlungskalender

- Jung-Spartakus-Bund Breslau - Gruppe Lenin (Süd). Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Banke, Fiedrichstraße 41. - Gruppe Max Hoels (West). Donnerstag 18 Uhr Heimabend im „Kuglerheim“, Reudorfstraße. Kommunistischer Jugendverband Breslau - Agitationskommission. Alle Breslauer Agitationsleiter Donnerstag 20 Uhr Sühnergasse 22. - Mittwoch 20 Uhr Generalmitgliederversammlung in August-Gaststätte, Kleine Grodengasse 11. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau - Die Funktionärsversammlung am Mittwoch fällt aus! - Donnerstag 20 Uhr im „Selben Löwen“, Oberstraße, Versammlung aller Spielteute der Schachmeier- und Kaffakellen. Note Junifront Würtz. Mittwoch 20 Uhr Versammlung in der „Union“, Langenstraße. Roter Frauen- und Mädchenbund Altwasser. Donnerstag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend bei Genossin Arzgel. Kameradschaftsabend 20. Sonstige Organisationen. Bahnam. Freizeiterjugend. Donnerstag alles im Heim. Siederabend. Freiburg. Gewerkschaftsarbeit. Donnerstag 19.30 Uhr Generalversammlung.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Nur 2 Tage

Spione

Ferner

Aus dem Reich Rubezahl

Wochenschau

Uebliche Preise

Jugend verboten

Arbeiter-Sportkartell L.V

Waldenburger Bergland

Wenn der Gottesberger Bürgermeister reist

Aus Gottesberg wird uns geschrieben: Die Klagen und Beschwerden der gesamten Einwohnerschaft von Gottesberg über die tollpfeiligen und unverständlichen Manipulationen des kommunalen Verwaltungsapparates und seines Bürgermeisters wollen kein Ende nehmen. An Ursachen dazu hat es bis jetzt wirklich nicht gemangelt, und es wäre begründbar, wenn der „Doktor“ einmal von höherer Stelle etwas gestäubt würde. Folgende, bei der ausgesprochenen Finanznot der Stadt als standaldis zu bezeichnende Angelegenheit, berechtigt zu der Frage, ob Bürgermeister Dr. Gletschmann nicht bald reif zum Abschied wäre.

In der letzten Zeit litt der Bürgermeister an der krankhaften Idee, Schlachthöfe an gross zu beschaffen, und machte in Begleitung eines ihm angenehmen Gesellschafters kostspielige Besichtigungsfahrten.

So erfolgte auch eine Spritztour nach Swinemünde, und zwar soll diesmal der Herr Stadtrat Heydel der Mitgenosse gewesen sein. Das Empfinden an dieser Schlachthoffahrt ist ihre Finanzierung. Fahrgehalt, natürlich Posterscheine, bis an die Ostsee und zurück sowie das Drum und Dran. Der Tagesgehalt beträgt wohl je über 20 Mark; er konnte wohl wegen der chronischen Ebbe in der Stadthauptkasse nicht aus dieser entnommen werden, und so verfiel man auf die grandiose Idee, die

Städtische Sparkasse etwas zu rupfen.

Laut Verordnung dürfen nur evtl. Ueberschüsse aus der Sparkasse für Wohlfahrtszwecke verwendet werden. Gottesberg dagegen leistet sich Luxusreisen. Wenn gefragt wird Luxusreisen, so darum: Gottesberg mit 10.000 Einwohnern, in äußerst schlechten finanziellen Verhältnissen (wer ist daran schuld?) und mit einer vollständig aussichtslosen Zukunft, verfügt über einen für hiesige Verhältnisse leidlich guten und vollständig ausreichenden Schlachthof. Dies müßte der Bürgermeister gewußt haben, denn für naiv darf ihn niemand halten. Ferner muß sich auch der Bürgermeister darüber klar sein, daß an einen Schlachthofneubau in Gottesberg überhaupt nicht zu denken ist, aber trotzdem Schlachthofbeschäftigten im Reichsmachtstabe.

Was sagt übrigens die Sparkassenkommission dazu?

Was sagt das Stadtratskollegium?

Wie hoch belaufen sich die Kosten für all diese unnötigen Spazierfahrten?

Sie, nämlich die Spazierfahrten, sind gleichzustellen jenen Schilddrüsenstücken der Beschaffung eines 15.000-Mark-kostenden Bauplanes für einen Schulhausneubau. Die Schule sollte in Gottesberg gebaut, und der Bauplan müßte aus Mitteleuropa geholt werden.

Es ist höchste Zeit, daß die werktätigen Steuerzahler sich rühren und Rechenschaft fordern.

Heraus mit Sebering und Wfel aus dem Verband!

Generalversammlung der Waldenburger Metallarbeiter.

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.) Die Generalversammlung war gut besucht. Die SPD-Fraktion hatte ihre Genossen durch Handjettel eingeladen mit dem Hinweis auf die Kommunitäten, die die „Verwaltung erobern“ wollten. Um das zu verhindern, hatte man den Kollegen Knorr herangeholt. Nach Erhaltung des Geschäfts- und Kassenberichts wurde Dabler gegen eine partei Winderbeite als Geschäftsführer wiedergewählt. Die Ortsverwaltung wurde ebenfalls in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, und es stimmt nicht, wie es die „Wegwacht“ schreibt, daß die Freunde des Kollegen Beder gegen ihn stimmten. Wah-

rscheinlich hatte der Berichterstatter geschlafen oder seine Intelligenzbrille vergessen. Wenn ferner versucht wurde, sei es in der Versammlung oder in der „Lügenwacht“, einen Keil zwischen den Kollegen Beder und seine Freunde zu treiben, so ist ihnen das nicht gelungen und wird ihnen auch nicht gelingen. Der Antrag Beder und von 22 Kollegen, vom Vorstand zu verlangen, die Minister Sebering und Wiffell aus dem Verbands auszuscheiden, weil ihre Handlungen Schädigung von Verbandsinteressen bedeuten, sollte durch Anwendung der „Knorrbremse“ abgewürgt werden. Man wollte ihn nicht zur Abstimmung oder zur Debatte zulassen. Doch es gelang nicht. Dies liegt unserem braven Knorr derart zu Kopfe, daß er zu persönlichen Angriffen ganz gemeiner Art gegen den Begründer des Antrages, Beder, vorging. Unter stürmischen Zurufen und Entrüstung der Versammlung konnte er sein Verlegenheitsgestammel verstummen hören. Auf Befehl der SPD-Fraktion wurde schließlich der Antrag gegen eine partei Winderbeite abgelehnt. Dabler glaubte noch, den bösen Kommunisten eins auszumischen, indem er einem Arbeiter, der vor Jahren zur SPD gehörte, Ueberstunden-schleiberei vorwarf. Darauf ist ihm der Kollege Beder eine Antwort nicht schuldig geblieben. Gerade treue SPD-Leute, Verbandsfunktionäre sind es, die z. B. bei der Carlshütte täglich zwölf bis vierzehn Stunden schliefen und andere Kollegen zwingen, solange zu

Was man den Bergarbeitern zumutet

Mißstände auf dem Hochwaldbacht

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Es werden immer mehr Bergarbeiter des Oberen Reviers auch nach dem Hochwaldbacht verlegt. Diese haben im Durchschnitt einen Weg von einer Stunde zu überwinden. Daß dieser Weg im Winter bei verschneitem Boden kein besonderes Vergnügen macht, ist wohl einleuchtend, aber daß die Kameraden, die den Krankenschein haben wollen, ihn auf dem Hans-Heinrich-Schacht holen müssen, ist standaldis. Dadurch wird der Weg um eine weitere halbe Stunde verlängert. Auch Angehörige von Unfallverletzten müssen den weiten Weg von Gottesberg oder Rothendach nach dem Hans-Heinrich-Schacht machen. Wir fordern:

1. Daß die Marktkontrollen vom Hochwald mit der Ausgabe von Krankenscheinen betraut werden;
2. daß die Kartothek der Belegschaft des Hochwaldbachtes nach dem Hochwaldbacht in die Marktkontrolle verlegt wird;
3. daß ein Auto für Unfallverletzte für die Schächte in Weisklein angeschafft wird. (Bisher ist eine vorfinanzflutliche Pferdebesitzung als Krankentransportmittel in Tätigkeit.)

Viele Klagen werden über bummelige Beschäftigung laut. Auf das Schärfen einer Säge muß man 14 Tage warten. Das Beschneiden einer Art oder Haue dauert acht bis vierzehn Tage. Material, welches täglich gebraucht wird, ist nie da. Wir nennen nur Aufschneidholz, Abbaumäher, Ersatzteile für Abbaumäher und Schläuche. Dieses muß gewöhnlich von den Kameraden vom Hans-Heinrich-Schacht nach dem Hochwaldbacht rausgeschleppt werden. Wir fragen: Wozu besteht, wenn solch eine Bummellei vorherrschend ist, eine eigene Materialausgabe für den Hochwaldbacht? Hier wäre bestimmt ein geistreicheres Arbeiten am Platze.

Auf der dritten Sohle existiert noch eine dem Altertum würdige Seilbahn. Nicht selten kommt es vor, daß sich Kameraden Kleider

arbeiten, so daß oft Betriebsratsmitglieder der Gruben den Staatsanwalt zu Hilfe nehmen müssen, um derartige Saugzustände abzuschießen. Hier wäre ein gutes Stück Arbeit für die Schwäger, die ihre Zeit oder ihr Amt damit verträdeln, Kommunismushege zu treiben.

Oberes Revier

Friedland. Achtung, Parteigenossen! Am Sonnabend, dem 26. Januar, findet im Gasthof „Zum Anker“ in Friedland, abends 8 Uhr, die Hauptversammlung der SPD. statt. Jedes Mitglied von Friedland, Langwallerstorf und Gröbersdorf hat zu erscheinen!

Freiburg

Wohin geht euer Kind?

Nur in den kommunistischen Jugendverband. Dem KJVD ist es gelungen, einen Filmstreifen von der Moskauer Spartakiade zu bekommen. Schickt daher eure Kinder von 14 Jahren ab zu dieser Veranstaltung. Sie findet statt am Sonnabend, dem 26. Januar, um 19.30 Uhr, im „Goldenen Frieden“ in Polskoh.

Schweidnitz

Ueberfahren. Der sechsjährige Gerhard Hähstosff wurde von einem Personenträger überfahren. Das Kind mußte mit einem Oberschenkelbruch und schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

und Haut zereisen, weil niemand sich der Nähe unterzieht, absteigende Drähte abwidern zu lassen. Viele Unglücke könnten vermieden werden, wenn die Seilbahn vor und nach der Seilschneise für eine bestimmte Zeit stets eingestell würde. Die Nachsicht erlebt ziemlich oft, daß, während sie an ihre Arbeitsstelle geht, die Seilbahn im Gange ist. Der Fahrweg auf der Seilbahn ist ein Kapitel für sich. Ueber leere und volle Wagen müssen die Kameraden turnen. Altes und neues Holz bildet mit alten und neuen Kappschienen nebst Geröll und Röhren ein mackerisches Durcheinander. Ein früher mal bestandenes Tragewerk ist der Bergessenenheit anheimgefallen und existiert nur noch auf einer Strecke von 50 Meter, teilweise mit Löchern und faulen Brettern, oft versperrt mit umgekippten leeren oder vollen Wagen.

Zeit wird es, daß diese Mißstände mit eisernem Besen ausgefegt werden. Betriebsführung: das geht dich an!

Eisteller statt Badelane auf dem Eugenschacht

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Nicht genug, daß die armen Pumpeln im Betrieb bis zum letzten Tropfen ausgefaugt werden, wenn sie herauskommen, müssen sie in der schwachgebauten Badelane noch erfrieren. Heizkörper sind genügend vorhanden, sind aber im Winter nur lauwarm. Dampf wird hier scheinbar nur im Sommer durchgelassen, wenn die Büros genügend warm sind. Die Herren Grubenbeamten könnten ja zu leicht krank werden. Es ist scheinbar zweckmäßiger, wenn täglich ganze Trupps Bergarbeiter nach Kur- und Krankenschein laufen. Damit nicht genug; die auswärtigen Wohnenden, welche den Zug benutzen, sitzen des öfteren bis zur Aussteigestation im kalten Wagen, insbesondere in der Nachtschicht, wo nur vorfinanzflutliche Wagen für Kumpels gestellt werden. Hat das Geld der Bergleute nicht den richtigen Wert oder ist ihre Fahrkarte minderwertiger als die der anderen? Wir fordern sofortige Abhilfe!

Niederschlesien

Görlitz

Vor dem Tode des Ertrickens gerettet. In der Kähle wurde ein Arbeiter in zerstückelter Kleidung von einem Polizeibeamten halb ertrunken aufgefunden. Der Besinnungslose konnte nur mit größter Anstrengung ins Leben zurückgerufen werden.

Sagan

Fünf Personen vergiftet

Eine schwere Kohlenoxydgasvergiftung hat sich in der vergangenen Nacht in der Gärtnerei von Fleißer zugetragen. Zwei Gehilfen und drei Lehrlinge wurden in ihren Zimmern bewußtlos aufgefunden. Man brachte sie in das nahe Krankenhaus, wo es nach vieler Mühe gelang, die Bewußtlosen in das Leben zurückzurufen.

Bunzlau

Zwei Kinder vom Tode noch gerettet

Zwei Kinder im Alter von fünf und sieben Jahren, die sich bei ihren Großeltern im Wohnbau der Minnastraße befanden, weil die Mutter im Krankenhaus ist, blieben der Gaschaha. Als die Großmutter aus der Stadt zurückkam, fand sie die Kinder bewußtlos auf. Ein Arzt konnte sie nach ins Leben zurückrufen.

Goldberg

Schlimme Zustände bei der Arbeitsamtsfiliale.

Eine merkwürdige Haltung nehmen einige Angestellte der Arbeitsamtszweigstelle Goldberg gegen die Arbeitslosen ein. Es handelt sich um die Beschreibung, wenn man hören muß, daß die Arbeitslosen bis zu vier Wochen und länger auf die paar Pfennige Unterstützung vertrieben werden. Man muß wirklich über die Langmut der Goldberg Arbeiterlosigkeiten kauen, daß sie sich solche Zustände so lange gefallen lassen. Wenn die Arbeitslosen „den nächsten Tag“ wiederkommen, sind die Papiere einfach noch nicht da. Aber ob sie überhaupt schon fertiggestellt sind, ist eine andere Frage. Der Leiter der Zweigstelle ist ein gewisser Herr Kilz (SPD). Es wäre an der Zeit, einmal aufzutreten. Leider weiß ja hier die große Mehrzahl der Arbeiter noch nicht, wo eigentlich ihre Interessen wirklich vertreten werden. Zu viele laufen noch der verräterischen SPD nach.

Arbeiter-Kob- und Kraftfahrernbund „Solidarität“. Freitag 20 Uhr im „Deutschen Haus“ Hauptversammlung des Ewrtarietells.

Hagnau

Trotz alledem!

Die einfachste alltägliche Arbeit unter den Waffen zu leisten, um den Einsatz für die Partei zu erweisen, das ist der Grundtag, nach dem unsere Genossen und Kameraden am Orte arbeiten. Ein gutes Zeugnis dafür ist der Verkauf von 350 Stück Zeitungen (260 „L.3.“ und 10 „K.3.“) innerhalb zwei Tagen, außer den unpräparierten Arbeiter-Zeitungen. Die Genossen werden sich auch nicht durch die

lächerlichen Schikanen einzelner sozialdemokratischer Vernegroße abhalten lassen, wie des Herrn Karl von der Krankenkasse, der sogar seine kostbaren Arbeitsstunden opfert, um den lächerlichen Versuch zu unternehmen, unsere Genossen in ihrer Agitation zu hindern. All diesem zum Trotz werden unsere Genossen und Kameraden nun erst recht ihre Werberei durchzuführen. Werbt neue Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“.

Vom Standesamt. In standesamtlichen Meldungen ist das Standesamt geöffnet: An Wochentagen von 8-13 Uhr; an Feiertagen, die auf einen Werktag fallen, nur zur Anmeldung von Totgeburten und Sterbefällen von 11-13 Uhr. An Sonntagen ist das Standesamt geschlossen. Geburten müssen innerhalb einer Woche, Totgeburten und Sterbefälle am nächstfolgenden Wochentage gemeldet werden.

Liegnitz

Die Partei schreitet vorwärts

Die von der Partei veranstaltete SPD-Feier konnte als sehr gut gelungen bezeichnet werden. Das Programm fand allseitigen Anklang. Auch das Referat des Genossen Schreder-Berlin fand großen Beifall. Für die Partei wurden zehn Aufnahmen gemacht und drei Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“ gewonnen.

Schwerer Brand in einer Farbenfabrik

Gestern in der Mittagsstunde entstand im Schmelzgebäude der Lackfabrik E. Hoffmann, Breslauer Straße 161, ein Schadenfeuer, das rasch größere Ausdehnung gewann. Fabrikarbeiter, die den Brand bemerkten, konnten wegen der entweichenden heißen Dämpfe, die immer beim Brennen von Leinöl und glycerischem Holz entstehen, mit Handfeuerlöschern den Brand nicht mehr eindämmen. Es war ein 1000-Liter-Schmelzgefäß led geworden. Das Schmelzgebäude ist größtenteils ausgebrannt; sein Dachstuhl zerstört. Sämtliche Apparate und der Kessel sowie die ganze Tagesproduktion fielen dem Feuer zum Opfer. Es ist ein Schaden von circa 25.000 bis 30.000 Mark entstanden, der durch Versicherung gedeckt ist. Der Betrieb des Unternehmens ist nicht gefährdet.

Die Folgen einer Kriegsverletzung

Ein hiesiger Chauffeur, der an den Folgen eines Sturzes im Jahre ab und zu noch schwer zu leiden hat, existiert infolge dieser Verletzung jetzt einen Tobjuchtsanfall, in dem er seine Familie aufs schwerste bedrohte. Da Ärzte nicht zu erreichen waren, wurde der Unglückliche von der Sanitätskolonne in ein Krankenhaus geschafft.

Kurzes Freitag 19.30 Uhr im „Freiwirtschaftlichen Hof“. Alle Parteigenossen und SPD-Kameraden müssen sich beteiligen.

Glogau

Wieder ein Jugendselfbstmord?

Die Zahl der Jugendselfbstmorde scheint sich wieder um einen erhöht zu haben. Seit Sonnabend wird der 16jährige Baderlehrling Kurt B., der in Quarc in der Lehre stand, vermißt. In einem Briefe an seine in Glogau wohnenden Eltern teilte er mit, daß er aus dem Leben scheiden wolle.

Aus dem Riesengebirge

Mittrauensantrag gegen einen Reformisten, der die Gewerkschaftsmitglieder rechtlos machen will

Die Jahreshelle Schmieberg des Fabrikarbeiterverbandes hielt am 19. d. M. ihre Generalversammlung ab. Die Versammlung war schwach besucht. Eine immer mehr zunehmende Interesslosigkeit der Mitglieder tritt ein, was auf die in letzter Zeit vorgekommenen Enttäuschungen, z. B. Streik in der Porzellanfabrik und Einführung der Invalidenversicherung zurückzuführen ist. Als erster Vorschlagender wurde Kollege Riebel, als Ersatzmann Kollege Sellmann, als Schriftführer die Kollegin Bürgel, als Ersatzmann Kollege Mann gewählt. Kollege Schöllert fragte an, ob keine Kartellbelegierten gewählt werden. Kollege Stefan erklärte, daß die Kartellbelegierten nach dem Statut des ADGB von der Ortsverwaltung gewählt werden (echt reformistisch). Unter lautem Protest der Mitglieder stellte er es frei, Vorschläge zu machen. Als dies getan wurde, erklärte Kollege Stefan, daß er die Wahl ansetzen und dafür sorgen werde, daß diese Kollegen nicht anerkannt werden (!), denn das wären nicht die richtigen Kollegen, die man im Kartellbranche. Darauf wurde von der Wahl Abstand genommen. Unter Punkt 3 reichte Kollege Schöllert zwei Anträge ein. Der eine richtet sich gegen die Invalidenversicherung, es wurde darin gefordert, der Hauptvorstand möge nach dem § 33 handeln. Die Kollegen Bartel und Stefan erklärten darauf, daß das nur in Frage kommt, wenn es der Hauptvorstand einstimmt, daß die Existenz des Verbandes gefährdet ist durch den § 20 (Invalidenversicherung). Also, die Kollegen haben nichts zu sagen (herrliche Demokratie!). Dieser Antrag mußte zur Tagesordnung werden. Der zweite Antrag war ein Mittrauensantrag gegen den Kollegen Stefan, der nach langer Debatte mit 17 Stimmen angenommen wurde, 8 Stimmen waren dagegen, 9 unglücklich, vier davon waren mit „basir“ beschriebenen, anstatt mit „Ja“ und wurden für unglücklich (!) erklärt. Kollege Schöllert appellierte an die Kollegen, sie sollen sich zum nächsten Verbandstag rufen, daß man dort dem Reformismus ein Ende bereiten kann, um die Organisation zu einer Reformorganisation auszubauen. Der Mittrauensantrag wurde zur Weiterbehandlung der Generalversammlung nach Hirschberg gegeben. Nach der Wahl der Delegierten, in der die Kollegen Wöhl und Schöllert gewählt wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

Freiwillige Jugendweihle. Eltern, deren Kinder Ostern die Schule verlassen und die gewillt sind, ihre Kinder an der Jugendweihle des Verbandes für Freizeitsport und Feuerbestattung teilnehmen zu lassen, wollen bald ihre Anmeldung bei Auer, „Vollzeitung“, oder bei Striße in Hirschberg, Am Sand 18, vollziehen. Dies ist auch schriftlich möglich. Vorname, Geburtsdatum und genaue Adresse müssen angegeben werden.

Musikinstrumente zu verkaufen.

Die Ortsgruppe des KJVD Freiburg i. Schlef. verkauft folgende Instrumente: 6 Stück Herold-Fanfaren, 4 Stück Trommeln, 8 Stück Pfeifen mit Noten. Die Instrumente sind fast neu. Der Verkaufspreis ist niedrig. Zuschriften sind zu richten an R. Schmeider, Freiburg, Sandstraße 1.

Oberschlesien

85000 suchen Arbeit und Schreien nach Brot

Nach dem amtlichen Bericht für die Zeit vom 14. bis 19. Januar ist in Oberschlesien die Zahl der Arbeitsuchenden von 79 478 auf 88 048 gestiegen. Hauptunterstützt wurden nur 63 836 Personen. Im Vorjahre um dieselbe Zeit hatte Oberschlesien 60 547 Arbeitsuchende.

Suderfabrik Rosowadze stellt den Betrieb ein 320 Arbeiter werden brotlos

Die Suderfabrik Rosowadze bei Leschno beschäftigt, ab 15. Februar ihren Betrieb vollständig einzustellen, wodurch 320 Arbeiter brotlos werden.

Die Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen nehmen in Oberschlesien kein Ende. Die Arbeiterschaft ist ständig bedroht durch das Abbauschwert, das über ihr die Unternehmer schwingen. Das Meer der Arbeitslosen nimmt einen Umfang an, wie er in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen war. Die Hungeroffensive der deutschen Trustbourgeoisie geht weiter.

Die Arbeiterschaft muß sich wehren und kämpfen gegen die Hungeroffensive des Trustkapitals, wenn sie nicht verrecken will.

Die Trommler kommen

Arbeiter-Schauspieler-Truppe aus Breslau

mit ihrer neuen Revue nach

Grabenburg am Mittwoch, den 23. Januar, 19,30 Uhr, Saal Pilsch a.

Gleiwitz, Freitag, den 25. Januar, 19,30 Uhr, „Dier Jahreszeiten“

Gut geheizte Säle! Sorgt für Massenbesuch!

Gleiwitz

Sonderbare Sperrmaßnahmen des Magistrats

Einschränkung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung

Da die im Etat vorgesehenen Mittel für die öffentliche elektrische Straßenbeleuchtung zu niedrig bemessen sind und Staatsüberschreitungen vermieden werden müssen, sieht sich der Magistrat zu seinem größten Bedauern in die Notwendigkeit verfehlt, eine durchgreifende Einschränkung der öffentlichen elektrischen Straßenbeleuchtung vorzunehmen, und zwar werden in diesen Tagen, über das ganze Stadtgebiet gleichmäßig verteilt, zwei Drittel aller elektrischen Lampen außer Betrieb gesetzt werden. Es ist zwar eine sehr harte Maßnahme, die hier getroffen werden muß, sie läßt sich aber in Anbetracht der Finanzlage der Stadtgemeinde Gleiwitz nicht vermeiden. Die öffentliche Gasstraßenbeleuchtung bleibt unberührt.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion war es, die bei den vorjährigen Beratungen des Etats hinwies auf die zu niedrig bemessenen Beträge in den verschiedenen Etatspositionen. Die Verschläge auf Einsparung einzelner Etatbeträge bei der Polizei und der allgemeinen Verwaltung fanden nicht die Zustimmung aller übrigen Parteien. Die Maßnahmen des Magistrats sind die Folge dieser antiparlamentarischen Kommunalpolitik.

Auf zur Demonstration!

Alle Parteigenossen, KPD-Kameraden und KJ-Genossen treten am Freitag, dem 26. Januar, anlässlich der VVV-Feier geschlossen zur Demonstration nach dem Veranstaltungsort an. Sammelort am Germania Platz um 18,15 Uhr. Abmarsch 18,30 Uhr.

Alle Mitglieder der unterzeichneten Organisationen haben zu erscheinen. Kapelle des KPD, tritt ebenfalls an. Ortsleitungen der KPD, des KJSD, und des KJG.

Verband für Freiendertum und Feuerbestattung

Sonnabend, den 26. Januar 1929, 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Einleibstraße, die diesjährige Generalversammlung statt. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Unterzeichneter Sosniga wird um möglichst starke Beteiligung ersucht.

Am Sonntag, dem 27. Januar 1929, 9 Uhr, findet im „Grafen Kollitz“, Bahnhofstraße 34, die Unterbezirkskonferenz der ober-schlesischen Ortsgruppe im Verbandsrat statt. Mitglieder haben als Gäste Zutritt.

Hindenburg

SPD-Betriebsrat Sifido und Unfallgefahr

(Von unserem Betriebsratsmitglied Sifido.)

Das Betriebsratsmitglied Sifido von der Abteilung 15 des Georg-Schachtes machte in dieser Abteilung seine Fahrprüfung. In Begleitung des Oberbauers kam Sifido den Bremsberg hinauf, ohne vorher ein Signal zu geben. Der Bremsler konnte nicht riechen, daß der Oberbauer mit dem Betriebsrat unterwegs war und ließ den Rasten runter laufen. Durch das ansteigende Pflö waren die Räder nicht zu sehen. Als beide beim Bremsler anlangten, da schauerte der Betriebsrat den Bremsler B. dieserhalb an und meinte, daß sie beinahe überfahren worden wären. Nicht nur diese völlig unbedachte Schnauzerei gegenüber dem Bremsler, sondern, wie Sifido erklärte, soll noch Bestrafung erfolgen. Der Bremsler setzte sich zur Wehr gegenüber diesem „feinen“ Betriebsrat, da doch Sifido die Schuld trage, weil er kein Haltessignal gab. Bei dieser Befragung machte ein Wagenführer den Betriebsrat darauf aufmerksam, daß der Zwischenraum beim Kuppeln der Wagen zu schmal sei und hier die Gefahr von Unglücksfällen schwerer Art besteht. Nun staunte man über die Antwort eines sozialdemokratischen Betriebsrates. Er meinte in seiner Gelehrtheit, eine Aenderung der Wagen würde viel Geld kosten. Er tat so, als wenn er der Beauftragte der Verwaltung wäre und nicht der Belegschaft.

Wir machen hier das Bergrevieramt auf diese Unfallgefahr aufmerksam, damit man bei vorkommenden Unglücksfällen nicht mit in den Chor der Verwaltung einstimmt: „Eigenes Verschulden“.

Das Verhalten von Sifido als SPD-Mann reizt sich würdig ein zur Gesamtpolitik der SPD. Kampf gegen Rationalisierung und Unfallgefahr wollen sie nicht, ihnen stehen die Interessen der Verwaltung viel höher.

Rumpelstilz! Die Betriebsratswahlen werden in Kürze stattfinden. Sorgt dafür, daß solche Leute nicht mehr als Betriebsräte fungieren, da sie nur euer Vertrauen mißbrauchen. Wählt oppositionelle Kollegen, die eure Interessen mit allem Ernst vertreten.

Miedowitz

Werbeveranstaltung der sozialistischen Freiendert

Am Sonntag, dem 20. Januar, fand bei Schindler eine gemächliche Veranstaltung des Bundes sozialistischer Freiendert, Leipzig, in Form eines freigeistigen Unterhaltungsabends statt. Man hätte nicht erwartet, daß sich die Bevölkerung so zahlreich an der Veranstaltung beteiligen wird. Der Saal war getrommelt voll. Den Genossen, welche sich so intensiv für den Vorverkauf einsetzten, sei gedankt.

Zur Aufführung gelangten: 1. „Geistige Waffen“ (Drama). 2. „Der Freiendert und der Jesuit“ (Puppenspiel). Während das zweite Stück — in dem sich die Genossinnen Krawitz und Dajuba sowie der Genosse Kempinoff besonders auszeichneten — dem Publikum gut gefiel, hatte die Aufführung des ersten Stückes nicht diese Wirkung erzielt. Mängel gab es viele. Die Aussprache mußte lauter und deutlicher klingen. Der Souffleur konnte bestimmt leiser sein. Proben, proben, proben! Das zweite Stück wurde bedeutend besser gespielt.

Genosse Neugebauer begrüßte die Erschienenen mitten in der Veranstaltung. In kurzen Worten sprach dieser von der freigeistigen Bewegung, dem bevorstehenden Konföderat, und schloß mit der Mahnung, für den Bund zu werden, und auch da überall, wo noch keine Ortsgruppen bestehen, solche zu gründen.

Die Schalmekapelle spielte während den Pausen und hat ihre Sache sehr gut gemacht. Aber die Gesangsvorträge klappten nicht! (Bitte, ein bißchen mehr Zug in die Kolonne.)

Zum Schluß gab Genosse Neugebauer den Besuchern noch einige Worte: „Wahrheit über die Religion“ mit auf den Weg. Unter den Klängen der „Internationale“ ging ein Teil der Besucher nach Hause, während die anderen bei einem Tanzchen noch lange beisammen blieben.

Karft

Draußen im Frost werden Schularbeiten gemacht

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Am 10. d. M. konnte man während der Mittagszeit Schulkinder, die vor dem Gemeindehaus auf den Bordsteinen saßen und Schularbeiten verrichteten, beobachten. Neunjährige Schülerinnen schrieben die Heftblätter ab, die auf den angebrachten Schilbern prangten. Auf Befragen der Kleinen, warum sie das täten, antworteten sie, daß sie von ihrem Klassenlehrer Medwlez beauftragt wurden, einen Aufsatz hierüber zu schreiben.

Da bleibt einem doch die Spude weg, wenn man solchen Widsinn eines Jugendlehrers feststellen muß. Draußen in der Kälte müssen Schularbeiten verrichtet werden. Nur aus Angst vor der Prügel taten das die Kinder.

Sollte dieser Aufsatz etwa zur Republikanisierung der Kleinen beitragen? Die Schulleitung wird gut tun, wenn sie Herrn M. auf die Unzulässigkeit solcher Erziehungsmaßnahmen hinweist.

Kreuzburg

Kartoffeln lagern unter dem Bett

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Die Zustände des Wohnungselends und der Wohnungsnot finden in der bürgerlichen Presse keine Anprangerung. Nur vor Parlamenten wählen reden die Parteien hiervon viel und in Versprechungen sind sie großzügig. Wenn die bis jetzt gemachten Versprechungen zur Tat würden, gäbe es kein Wohnungselend und keine Not an Proletarierwohnungen. Nach den Wahlen treiben die Parteien von rechts bis zur Sozialdemokratie eine den gemachten Versprechungen entgegengesetzte, eine arbeitserfindliche Politik. Warum tun sie das? Weil sie diesen kapitalistischen Staat bejahen und alles zu seiner Erhaltung tun. Und in diesem Staat sind Besitzer der Produktionsmittel die Kapitalisten, und sie bestimmen die zu machende Politik. Demokratie und Parlamentarismus sind das Mäntelchen, womit man die schärfere Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, d. h. des Proletariats durch die Bourgeoisie, vollzieht.

Und dieser Staat und seine Kommunen haben kein Interesse an einer gesunden Wohnungspolitik. Die Zustände auch in unserer Stadt zeugen davon. Hunderte von Familien sind in Wohnungen zu 10 3. Sie haufen in elenden Löchern, wo das ganze Jahr kein Sonnenstrahl hineinkommen kann. Zusammengepfercht, fünf bis zehn Personen und darüber hinaus bewohnen Räume mit nicht mehr als 15 bis 20 Quadratmeter Fläche. Nur einer von den vielen Fällen sei herausgegriffen: Auf der Schützenstraße bewohnt der Arbeiter Slowik mit Frau, Kindern und den Eltern eine Stube. Sie dient für alle Zwecke. Dunkel und feucht ist dieser Raum. Wo ist da die Gesundheits- und Sittlichkeitspolizei? Die Stadtverwaltung betreibt in „vorbildlicher“ Weise Wohnungspolitik. Die Kaserne ist zu Wohnungen hergerichtet worden. Für jede Familie nur ein Raum. Keller sind nicht vorhanden. Die Kartoffeln lagern unter den Betten. Bei der Stubenwärme waschen sie schnell aus und sind kaum genießbar. Elektrisches Licht gibt es nur im Hausflur. Im 20. Jahrhundert leben die Proleten bei der Petroleumlampe. In den Wohnungen der Bourgeoisie brennen Kronleuchter mit zehn und noch mehr Lampen. Wachen sind auch nicht vorhanden. Das sind alles für die Kaserne mieter Luxusfragen.

Die Befriedigung dieser wenigen Tatsachen erhellt die Zustände auf dem Gebiete des Wohnungselends. Die von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat betriebene Wohnungspolitik mißderte nicht, sondern verschärfte das Wohnungselend.

Werttätige, die ihr in der überzogenen Raht unter diesen schrecklichen Verhältnissen selbst, wo in diesen Löchern die Arbeiterfrauen neues Leben gebären, wo diese Zustände der Herd von Seuchen werden müssen, duldet nicht mehr länger, daß diese Verhältnisse bestehen bleiben. Kämpft mit uns Kommunisten für gesunde und billige Arbeiterwohnungen, gegen den Mietwucher, für eine rote Kommune!

Rationalisierung auf den Gütern

(Vortorrespondenten.)

Wittendorf. Oberschlesien ist das Land der großen Domänen. Fast in jedem Dorfe ist eine solche Ausbeutungstätte. In unserem Dorfe stehen zwei solche Güter, die beide dem Gutbesitzer Klein-schmidt gehören. Das eine Gut erwarb K. im Jahre 1926, und mit diesem Zeitpunkt begann die Rationalisierung. Bis auf zwei Familien des neu erworbenen Gutes reduzierte man die Belegschaft. Dafür spannte man die Kraft der Arbeiter des alten Gutes mit zur Bearbeitung des neu erworbenen Bodens an. Durch die Rationalisierungsmethoden des Inspektors K. gelang dies auch. Weniger Arbeiter, dafür hatte man mehr Aufsichtspersonen. Da die Arbeitsverhältnisse sich immer unerträglicher gestalteten, verließ ein Teil der

Arbeiter diese Ausbeutungstätte, um gleich wieder ihre Arbeitskraft einem anderen Gutswaldigen zu verkaufen. Gleich zu Beginn des neuen Jahres zogen sechs Familien aus dem Gute, um anderweitig ihre Freiarbeit zu verrichten. Die Gutswaldung bequemt sich gar nicht, neue Arbeitskräfte einzustellen. Man versucht, trotz weiterer Verringerung der Arbeitenden auszukommen. Den Proleten, die für Vorkaufarbeiten arbeiten, zahlt man noch bei den Lohnzahlungen laufend eine Kautionsab, die sie am Ende des Jahres ausbezahlt erhalten. Die sogenannten Freiarbeiter kriegen manchmal gar nichts, von diesen Abhängen am Jahresfluß, da Meile zur Verrechnung gelangt.

Die Freiarbeiter erhalten 1,30 Mark pro Tag, die Arbeiterinnen noch weniger.

Die alten Leute auf den Gütern, die jahrelang ihre Arbeitskraft hingaben, müssen noch für ihre kleinen Wohnungen Meile zahlen. Man droht ihnen jetzt mit der Klammungsfrage. Der Inspektor bewohnt ein Schloß mit 15 Räumen, die abgeteilten Proleten will man auf die Straße setzen. „Zwei deutsch allewege“, das ist auch die Parole und der Wahlspruch für den Besitzer K. und seinen feinen Inspektor.

Da die heimischen Arbeiter auf dem Lande nicht mehr gewillt sind, länger ihre Arbeitskraft für Hungerpennige zu verkaufen, plant man die Einstellung von polnischen Arbeitern. Diese „deutschen“ Männer seihen nach Proßt, und da pfeifen sie auf die nationale Verwaltung. Der Geldsack steht ihnen höher. Diese Tatsache ist allgemein bei der bestehenden Klasse.

Die Landarbeiter müssen sich wehren gegen die schamlose Ausbeutung durch die Krantunkter und haben sich in der roten Klassenfront zu formieren. Organisiert euch im Deutschen Landarbeiterverband und kämpft für Verbesserung der elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse!

Oppeln

Der fromme Pan Gebulla

Wer kennt nicht in der Vorstadt den Pan Gebulla? Augenblicklich in der Pleite stehend, ein frommer Katholik, als Bauunternehmer ein rigoroser Ausbeuter. Gebulla besitzt auch einige Häuser, und so wie er seine Bauarbeiter unter Tarif entlohnte, verlangt er Meilen über Tarif. (Uns ist es bei diesen Zuständen ein Wunder, wie man da Konturs machen kann.) In der Falkenberg Straße 18 (seinem Hause) wohnt unter anderem ein Rentnerhepaar. Von diesen dürftig ihr Dasein fristenden alten Leuten schämte sich der fromme Gebulla nicht, im letzten Jahr circa 10 Mark mehr Meile abzufordern als sie zu zahlen hätten. Jetzt bei der Nachzahlung der 2 Prozent bringt er es wieder fertig, wahrscheinlich, indem er auf die Unbehilflichkeit der alten Leute rechnete, statt von 12 Mark für 16 Mark die Prozente zu fordern.

Auf eine Beschwerde der Tochter der alten Leute, wobei sie auch auf das hohe Alter ihrer Eltern hinwies, sagte Gebulla: „Wenn das alte Pfl schon krepiere möchte.“ Gebulla geht sehr oft in die Kirche und ist ein „lieber Parochian“ im Verleiche des Prälaten Kubis. Hieraus sieht ihr Armen wieder, daß beim Gelde die ganze Frömmigkeit elendig aufhört. Anstatt daß der fromme Mann alten gebrechlichen Menschen behilflich ist, wünscht er ihnen in ordnären Worten den Tod. — Die „Arbeiter-Zeitung“ wird immer diese Schandtatzen aufdecken und den Werttätigen den rechten Weg zeigen. Werttätige, darum leßt und verbreitet sie.

„Kurier“ wirbt mit Schnaps Abonnenten

Der „Kurier“ hat mit dem Werben neuer Leser so seine liebe Not. Wir berichteten schon kürzlich, daß er seinen Werbem Instruktoren erteilt, monach sie alle Zeitungen, außer der „Volkstimme“, an deren Brust der „Kurier“ ja noch immer saugt, nach Strich und Faden schlecht machen sollen. Scheinbar zieht dieser Kampf nun auch nicht mehr und man geht dazu über, mit Schnaps Leser zu gewinnen. So ist festgestellt worden, daß der ehemalige Lehrer Smuda, dessen Wette nicht mehr ganz rein sein soll, und der beim „Kurier“ als Werber angestellt ist, in Klein-Stanislaw und Tarnau bei den Leuten, die er als Leser für den „Kurier“ werben wollte, das Angebot machte, er würde, wenn es ihnen recht ist, ein e n e Schnaps aus der Kneipe holen lassen. Es muß ein die Jugkraft dieser Zeitung außerordentlich schlecht bestellt sein, wenn sich die Werber schon genötigt sehen, zu solchen Mitteln zu greifen.

SPD-Feier erst am 3. Februar!

Aus technischen Gründen sind wir gezwungen, unsere V.V.V.-Feier, die für den 27. Januar festgesetzt war, auf Sonntag, den 3. Februar, zu verschieben. Es finden zwei Vorstellungen statt, zu denen ab 24. Januar bei allen-funktionalen Einladungen mit Programm im Vorverkauf zu haben sind.

Wo bleibt das Polizeipräsidium?

In Anbetracht des Wetters hat das Polizeipräsidium einen besonderen Hinweis zur Reinigung der Bürgersteige gegeben. Trotzdem scheint sich das Präsidium sehr mangelhaft um die tatsächliche Reinigung der Bürgersteige zu kümmern, oder die Hausbesitzer machen sich nichts aus den Polizeibefehlen. Am Sonntagvormittag ist auf der Oberstraße bei G a r o l o f h infolge der Nichtreinigung der Bürgersteige eine Frau gestürzt und hat sich den Arm verletzt, wahrscheinlich gebrochen.

Wo bleibt das Polizeipräsidium? Ist es etwa nur gegen die Arbeiter da? Hier hätte es unbedingt wirklich eingreifen müssen und nicht durch seine Laune helfen, daß sich die Straßenpassanten die Knochen brechen.

Magistrat, wo bleibt die Durchführung?

Nachdem die bürgerlichen Stadtverordneten die Erhöhung ihres schätzbaren Angebots für die Hilfsbedürftigen der Stadt endgültig abgelehnt haben, beschloffen sie aber auf Initiative der Kommunisten, den zu Unrecht von der Beihilfe ausgeschalteten Erwerbslosen nachträglich die Beihilfe zu gewähren. Es ist schon mehr als eine Woche vorüber und die Erwerbslosen sind immer noch nicht in den Besitz der paar Pfennige gelangt. An der zuständigen Stelle im Wohlfahrtsamt ist sogar amtlich nichts von diesem Beschluß bekannt.

Herrscht beim Magistrat so eine Luderwirtschaft oder will man nur die Erwerbslosen jetzt nach dem Fest der Liebe offen preken? Wir verlangen die sofortige Durchführung des von den Stadtverordneten gefassten Beschlusses.

Lohn- und Gehaltsstreitigkeiten

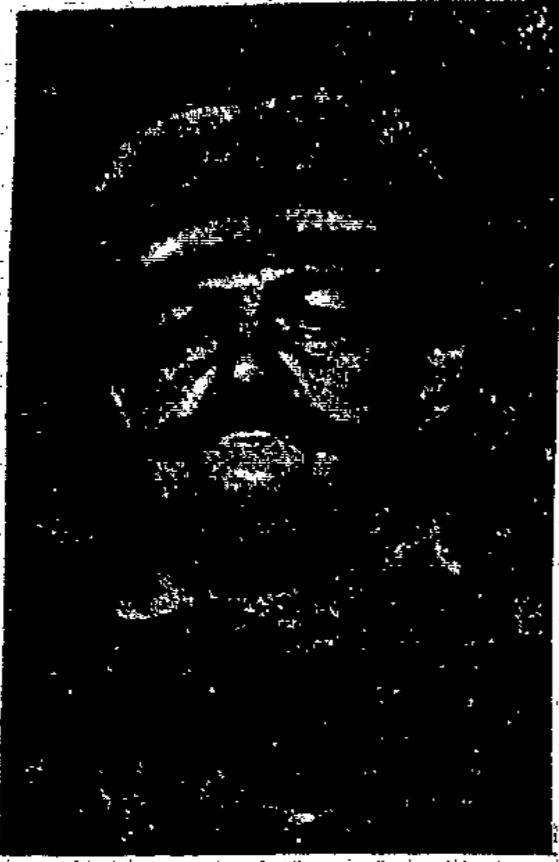
In allen Fällen, wo es sich um Lohn- und Gehaltsstreitigkeiten aus dem Arbeits- oder Angestelltenverhältnis handelt, wende man sich Walsbergstraße 11, wo kostenlos Rechtschutz und Vertretung vor dem Arbeitsgericht gestellt wird.

Parteigenossen, heute findet im bekannten Lokal um 19 Uhr die wichtige Mitgliederversammlung statt.

Denkst du daran?

daß die **Ortsverwaltungsahlen** im DMV. vor der Türe stehen?
daß bald die **Betriebsräteahlen** stattfinden?
daß du also im **Verband** und Betrieb sofort mit der Werbung für die Gewerkschaftsopposition beginnen mußt?

Richard Richter
Dem Begründer des Roten Frontkämpfer-Bundes
einen lebigen Gruß!



Durch den Tod des Kameraden Richter ist eines der ältesten Mitglieder unserer Organisation und Mitbegründer des Roten Frontkämpferbundes Deutschlands aus unseren Reihen gerissen worden.

Richard Richter wurde am 24. April 1880 geboren, lernte das Bäckerhandwerk und trat schon Ende der neunziger Jahre der Partei und Gewerkschaft bei, deren Mitglied er bis zu seinem Tode war. In aktives und tatkräftiges Eintreten für die Interessen des Proletariats trug dazu bei, daß er sich großen Einfluß erwarb und in Arbeiterkreisen einer außerordentlichen Beliebtheit sich erfreute.

Richard Richter war jedem Mitglied unserer Organisation bekannt.

Auf seine Initiative wurde Ende Juli 1924 die Ortsgruppe Halle des Roten Frontkämpfer-Bundes gegründet, der sofort 400 Mitglieder beitraten, und seiner Tätigkeit ist es vor allem zu danken, daß der Rote Frontkämpferbund des Gauess Halle-Merseburg am Schluß des Jahres 1924 bereits über 3000 Mitglieder zählte. In fast allen Gruppen des Gauess Halle-Merseburg, die bis zum Schluß des Jahres 1924 gegründet waren, sprach Richard Richter über die Aufgaben und Ziele des Roten Frontkämpferbundes.

Richard Richter war aber auch gleichzeitig Mitglied der Bundesführung. Und wenn der Rote Frontkämpferbund Deutschlands heute ein starker Machtfaktor der deutschen Arbeiterbewegung geworden ist, so hat der Kamerad Richter ein großes Verdienst an der Entwicklung des Bundes.

Die Durchführung Halle-Merseburg, deren Mitglied er von der Gründung bis zu seinem Tode war, verliert in ihm einen der besten Mitarbeiter.

Die Soldaten der Roten Klassenfront werden über dem Grabe des Mitbegründers und Kämpfers ihre Fahnen senken und das Gelübnis ablegen, treu dem Vorbild des Verstorbenen alle Kräfte für den Ausbau des Roten Frontkämpferbundes einzusetzen.

Die Bundesführung des Roten Frontkämpfer-Bundes.
Thälmann. Leow.

Die polnische Antwortnote an die Sowjetunion

Imperialistische Sabotage des Friedensvorschlages

(Eig. Bericht.) Warschau, 22. Januar.

Die neue Note Polens an die Sowjetregierung ist geschickter gehalten als die provokatorische Antwort vom 10. Januar. Der gesamte Inhalt der Note stellt aber eine erneute, verhängnisvolle Sabotage des Friedensvorschlages der U.S.S.R. dar. Die polnische Regierung erklärt sich zum Scheine bereit, „Verhandlungen“ aufzunehmen, aber keine Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion, sondern lediglich „Verhandlungen über Unterzeichnungsprozedur und Form des Protokolls“. Hinter diesen leeren Formalitäten verbergen die polnischen Imperialisten, die von England und Frankreich geleitet werden, ihre Ablehnung der Verkündung mit der Sowjetmacht. Die Taktik der Verzögerung, die sie unter dem Druck Amerikas, das den Kellogg-Pakt ratifiziert hat, neuerdings an die Stelle der offenen Provokation setzen, maskiert ihren Willen zum Kriege. Die polnische Regierung begreift,

daß eine nächtliche Ablehnung des Vorschlages der Sowjetregierung sie vor der internationalen Öffentlichkeit als das Organ der Kriegstreiber entlarvt, das sie in Wirklichkeit ist. Darum lehnt sie dem Friedensvorschlages den höchsten „Vorschlag von Verhandlungen“ über die Zeichnungsprozedur entgegen. Darum macht sie abermals die Teilnahme Rumäniens und der konterrevolutionären baltischen Handkanten zur Vorbedingung für irgendwelche tatsächlichen Faktverhandlungen. Die Sowjetregierung hat ihren Friedenswillen durch die Noten vom 29. Dezember und vom 12. Januar klar bewiesen. Sie hat sich offiziell bereit erklärt, auch mit Polen und allen baltischen Handkanten Nichtangriffsverträge auf Grund der Ratifizierung des Kellogg-Paktes abzuschließen.

Polen in der Enge

Neue Vorschläge Litwinows — Auch Finnland, Island und Lettland werden zur Protokollunterzeichnung eingeladen.

(Eig. Bericht.) Warschau, 23. Januar.

Der polnische Gesandte in Moskau, Patek, wurde heute von Litwinow empfangen, der ihm an die letzte polnische Note bestimmte Vorschläge über die sofortige Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes in Osteuropa machte. Litwinow schlug dem polnischen

Gesandten vor, die Unterzeichnung des Protokolls durch bevollmächtigte Vertreter der Regierungen der Sowjetunion und Polens unverzüglich in Moskau zu vollziehen. Sofort nach der Unterzeichnung werde die Sowjetregierung direkt an Finnland, Island und Lettland und durch Polen an Rumänien die Aufforderung richten, dem Protokoll unverzüglich beizutreten. Litwinow erklärte, daß dieses Verfahren den Vorzug habe, daß es auf dem kürzesten Wege zur baldigen Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes wenigstens zwischen einigen Staaten Osteuropas führe und gleichzeitig allen Staaten Osteuropas die Möglichkeit biete, vollberechtigte Teilnehmer des Protokolls zur gleichen Zeit mit den Signatarmächten zu werden.

Der polnische Gesandte Patek erwiderte auf die Vorschläge Litwinows, daß er eine direkte Antwort nicht geben könne, sondern erst nach Warschau berichten müsse. Die Warschauer Presse hebt abermals als Auffassung der Regierung hervor, daß sich Polen zur Unterzeichnung des Protokolls erst dann erklären könne, wenn die Beteiligung Rumäniens und der baltischen Staaten schon sichergestellt sei. Es müsse insbesondere eine gleichzeitige Unterzeichnung des Protokolls zwischen Polen und Rumänien stattfinden. Damit lehnt die Pilsudski-Regierung und ihre Presse die Sabotageaktion gegen über der Friedensaktion Sowjetrußlands fort.

Werbekampagne: Sechz Jahre „Arbeiter-Zeitung“

Vergeßt nicht:

Am Sonntag ist Großwerbetag!

Aus aller Welt

Der Vater erschießt seine Kinder

Aus Berlin wird gemeldet: In der Nacht zum Montag hat sich der 47jährige frühere Zeitungsvorleger Konrad Scheerer erschossen, nachdem er vorher seine Frau und seine beiden Söhne, die im Alter von 9 und 6 Jahren standen, getötet hatte. Ueber die Gründe der furchtbaren Tat ist noch nichts bekannt.

Die Vermögensverhältnisse der Familie sollen durchaus in Ordnung gewesen sein. Herr Scheerer hatte noch in letzter Stunde alles für seinen Tod aufs Geheueste geordnet und durch Briefe seine Freunde gebeten, zu ihm zu kommen. Als sie gegen 8 Uhr früh erschienen, mußten sie die Wohnung gewaltsam öffnen lassen und fanden dann das erschütternde Bild der vier Toten. Es scheint festzustellen, daß Scheerer zuerst seine beiden Söhne, dann seine Frau und dann sich selbst erschossen hat. Nur bei dem einen Jungen war die Todesursache nicht festzustellen.

Tochter des Direktors der Pusch-Werke, mit ihm zu flüchten. Gestern schoß er dem Mädchen eine Kugel ins Herz. Das Mädchen war sofort tot. Leuzbauer schloß der Mutter sich selbst zu erschließen, und er stellte sich der Polizei.

Eine Handschrift König Salomos

Wie die „B. Z.“ aus London auf Grund einer Kaiser Meldung der „Daily Mail“ berichtet, veröffentlicht die ägyptische Zeitung „Al Motattam“ die Geschichte einer sensationellen Entdeckung in Jerusalem, wo Forscher im Bergtempel die Grabstätte und die Mumie der Lieblingsfrau von König Salomo entdeckt haben sollen. Die Lieblingsfrau war eine Ägypterin und starb unter tragischen Umständen. Die Grabkammer, die bloßgelegt worden ist, soll an Pracht Tutanchamons übersteigen. Mit der Leiche wurde eine Pergamentrolle gefunden, von der man annimmt, daß sie die Handschrift König Salomos trägt, und auf der der tragische Tod beschrieben und die Tugenden der Verstorbenen gepriesen werden. Nach dieser Pergamentrolle starb Moti Maris aus Memphis im 36. Jahre der Regierung König Salomos und wurde unter ihrem Palast beerdigt, nachdem „sie sich für ihren Gatten und obersten Herrn geopfert“ hatte.

Bom Flugzeug den Kopf abgerissen

Wie aus Sidney (Australien) berichtet wird, hat sich dort ein tragischer Zwischenfall ereignet, als ein Flugzeug, das zur Notlandung gezwungen wurde, einem Landarbeiter, der gerade das Feld pflügte, den Kopf abriß. Das Flugzeug ging in Flammen auf, doch konnten sich der Pilot und der Mitreisende durch Abspringen retten.

Mord oder Selbstmord

In der Wohnung der Geschwister Marquardt in der Schwedter Straße in Berlin wurde am Montagvormittag eine der beiden Schwestern, die 25 Jahre alte Aina Marquardt tot aufgefunden. Die Mordkommission beschäftigt sich augenblicklich damit, festzustellen, ob ein Verbrecher oder ein Unfall vorliegt. Die Leiche ist stark in Verwesung übergegangen.

Ein Mord in Wien

In einem Wiener Hotel verübte ein 41jähriger Mann, namens Leuzbauer, einen Mord. Er war als Telephonist in der Fernsprechanstalt des Grazer Landeskrankenhauses angestellt und hatte in Graz eine Reihe von Betrügereien verübt, durch welche zahlreiche Personen um einen Gesamtbetrag von rund 15.000 Schilling geschädigt wurden. Als die Gefahr bestand, daß seine Betrügereien entdeckt wurden, flüchtete er aus Graz und überredete die 18jährige

Gasvergiftung nach einer Hochzeitsfeier. In Neudölln (Berlin) wurde am Sonntag ein tragischer Unglücksfall entdeckt. Man fand einen 72 Jahre alten Rentenempfänger in seiner Wohnung zusammen mit einer 70jährigen Witwe durch Gas vergiftet leblos auf. Nach den Feststellungen eines Arztes ist der Tod bereits vor sechs bis sieben Tagen eingetreten. Die beiden alten Leute, die selbst in den nächsten Tagen heiraten wollten, waren zuletzt von einer Hochzeitsfeier bei Bekannten in die Wohnung des Rentenempfängers zurückgeführt und sind ausströmendem Gas zum Opfer gefallen. Selbstmord kommt nach den Feststellungen der Polizei nicht in Frage.

Massenrazzia in Chicago. In Chicago sind innerhalb von 36 Stunden in geheimen Gaststätten und Schlafpavillons über dreitausend Personen verhaftet worden. Der Polizei ist eine große Anzahl bekannter Verbrecher in die Hände gefallen.

Sibirische Kälte. Wie aus Moskau gemeldet wird, herrscht im Uralgebiet eine furchtbare Kälte, so daß viele Betriebe die Arbeit einstellen mußten, darunter auch die Kabinfabriken metallurgischen Werke. Nach einer Meldung aus Sewerdlowsk (früher Zlatopol) erreichte die Kälte 57,5 Grad.

Ein Flug Stockholm-Neuyork. Der schwedische Kapitän Nyrenberg beabsichtigt, in diesem Sommer von Stockholm über Island, Grönland und Labrador nach Neuyork zu fliegen.

Stadt-Theater Breslau
(Opernhaus)
Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 11
Die Tahème

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 11
Der Kreuzabwurf

Freitag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 11
Lehengrin

Sonnabend, 19.30 Uhr
In vollständiger Neueinführung
Don Giovanni

Samstag, 20 Uhr
Schwanda, der Endeisbauführer

Blandleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Masken und Theater-Kostüme
von A. Wierzing
Breslau, Trebnitzerstr. 20
An der Bergstr. Tel. 1644

Mein Inventur-Ausverkauf
beginnt Donnerstag, den 24. Januar
Meine Schaufenster zeigen
Ihnen Aussergewöhnliches
Kaufhaus Leopold Prager Schweidnitz

Heinrich Freudenker Heimgl.
Ortsgruppe Hirschberg
Freitag, den 25. I. 29, abends 8 Uhr
Jahreshauptversammlung
in der „Alten Hoffnung“
Wegen der wichtigen Tagesordnung
Erschein. aller Mitglieder notwendig
Der Vorstand

Arbeiter-Kultur- u. Sportverein
Oels I. Schl.
Sonnabend, den 2. Februar 1929
abends 17.30 Uhr
im Lokal „Obersteffler“
General-Versammlung
Berichte — Wahlen — Anträge
Anträge müssen bis zum 1. Februar
an den Vorsitzenden eingereicht sein
Der Vorstand

Särge Ueberführungen Dekorationen

Schweidnitzer Beerdigungs Institut
Langstraße 62 Inh. K. Herrmann

10 Worte Genossinnen
sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten
„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie
in unserer Zeitung inserieren!“